

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Stadt-Bezirke 2,50 M., bei direktem Postbestellungs monatlich 2,15 M., bei Zustellung unter Straßenschild für Deutschland 1.— M., für Ausland 2.— M., per Brief 1,50— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-26, 2895 und 2896.

Interate sollen die adreßhalt. Kompartimente od. deren Name eintr. Leistungszettel 2,20 M., das selbige Wert 1,15 M., jedes weitere Wert 5 Pf., Familien- und Organisationsangelegenheiten die adreßhaltigen Kompartimente 2,40 M., das selbige Wert 1,20 M., jedes weitere Wert 45 Pf. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition ankommen sein.

Interaten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 533-26, 2895-26, 2768

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Wall der Reaktion.

## Gedämpfte Töne.

Wie anders klang doch in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung die Rede des Herrn Reichswehrministers Roske, als man sie sonst bei solchen Gelegenheiten zu hören bekommen hat! Man kann ihren Sinn allerdings nur verstehen, wenn man die Erklärung daneben hält, die nachher von Herrn Löbe im Auftrag der Rechtssozialisten abgegeben wurde. Dieser Mann gehörte in den Tagen nach dem 18. Januar zu der Biermänner-Opportunisten-Fraktion gegen die Gewaltmaßnahmen der Regierung. Inzwischen aber hat er, wie könnte er als Rechtssozialist auch anders, wieder umgelehrt. Er billigte nicht ausdrücklich die Gewaltanwendung, aber er verlangte, daß sie in ein System gebracht wird. Und auf diese Formel haben sich ansehnend Roske und seine Getreuen wieder zusammengefunden. Sie wägen wohl nicht sofort gekommen, wenn sie nicht durch die schamlos steigende Emigration aus ihrem eigenen Lager dazu gezwungen worden wären. Selbst den einseitigsten Arbeitern muß es endlich klar werden, wohin diese Sorte Politik, die den Stempel Roske trägt, führen muß. Rein, wohin sie schon geführt hat zur Anbetelung der Arbeiterklasse, zur Wiedererfarlung der Reaktion, zur Neuaufrichtung der kapitalistischen Herrschaft, zur Niederhaltung aller demokratischen und wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats. Und das ist der eigentliche Sinn der Dämpfung in den gestrigen Regierungsbreden. Je näher der Tag der Abrechnung kommt, und er wird kommen, trotz aller Stumpfheit dieser Regierung und ihrer Parteien, desto stärker wird das bange Gefühl der Ahnung bei den Rutznießern der Gewaltpolitik.

In ausgezeichneten Darlegungen, die auf das Haus gerade durch ihre Sachlichkeit stark wirkten, hat Genosse Cohen gestern aus der Fülle des Materials einen Teil vorgelegt. Er hätte viele Stunden reden müssen, wenn er das ganze Material hätte erschöpfen wollen. Aber die wenigen Beispiele, die er angeführt hat, zeigen auf deutliche Weise, welchen Grad die Rechtsunsicherheit, die Willkürherrschaft, die Gewaltanbetelung, die politische Einseitigkeit bei uns erreicht hat. Derselbe Geist der Gewaltanbetelung, von dem die alten Machthaber beherzigt waren, beherzigt jetzt die Machthaber heute. Nur daß sich die Machtanbetelung nicht mehr nach außen, sondern lediglich nach innen, und zwar gegen die Arbeiterklasse richtet. Wenn aber die heutigen Machthaber etwas aus der Geschichte lernen könnten, so müßten sie einsehen, wohin dieser Geist führen muß. Sind sie endlich soweit in der Erkenntnis gelangt, darf man von den gedämpften Tönen eines Roske annehmen, daß sie den Beginn einer vernünftigeren Politik anzeigen?

Nein und abermals nein! Unser zweiter Redner von gestern, Genosse Henke, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Ausführung der Verordnung unterstützt wird durch die Klassenjustiz, deren grausame Urteile sich gerade in den letzten Monaten außerordentlich gehäuft haben. Was bisher planlos erfolgt ist, soll aber jetzt legalisiert werden. Die Verordnung für das Ruhrrevier, die an die Stelle der lebensgefährlichen Zuchthausstrafe für gewisse Delikte die Todesstrafe setzt, die der Marloß, die durch sie geklärt worden ist, die Forderung nach einem Reichsgesetz über die Befugnisse des Präsidenten für die Kuiperkassierung bestimmter Artikel der Reichsverfassung, das Rollen der Klassenjustiz, alles das zeigt, daß man die Willkür in einen bestimmten Plan einordnen will. Aber wenn auch die Gewaltpolitik in Gesetzesparagrafen gefaßt wird, so wird an ihrem Wesen doch nichts geändert. Ob die Arbeiterklasse mit dem Nutzen des Ausnahmestandes oder mit den Skorpionen gesetzlicher Bestimmungen gequält werden soll, bleibt im Grunde dasselbe.

Wie wenig ernst es der Regierung und den Rechtssozialisten mit ihrer Absicht ist, andere Wege einzuschlagen, das zeigt deutlich die Aufrechterhaltung der Schutzhaft gegen Hunderte von Arbeiterführern und unbekanntem Arbeiter. Noch immer wird Genosse Dümmig, der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratie, in Schutzhaft gehalten, trotzdem gegen ihn selbst von der bürgerlichen Klassenjustiz auch nicht das Mindeste angefüßt werden kann. Noch immer ist Genosse Böttcher aus Weipzig, der dem Beirat unserer Parteivorstandes angehört, hinter Gittern, trotzdem auch gegen ihn von keiner Staats-

## Nach dem Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Paris, 2. März.

„Globe“ meldet, daß auf sämtlichen Pariser Bahnhöfen die Arbeiter ihre Beschäftigung ohne Zwischenfall wieder aufgenommen haben. Man hofft, daß der Dienst morgen wieder in altem Umfange aufgenommen wird. Der Verkehr habe sich zwar erheblich gebessert, aber die Rückkehr zur Arbeit gehe nur allmählich vor sich.

Der Verwaltungsausschuß der Confédération Générale du Travail soll gestern abend Beschlüsse von ganz bedeutender Tragweite gefaßt haben. In der Frage der Verhaftungen soll ein großer Schritt zur Versöhnung getan worden sein.

## Amerika und die Friedensratifikation.

Washington, 3. März.

„Newe Constant“ meldet aus Washington: Der Senat nahm mit 38 gegen 21 Stimmen den Vorschlag des Senats Lord an, nach welchem die Vereinigten Staaten selbst entscheiden sollen, auf welche inneren Fragen sich die Jurisdiction des Völkerbundes erstrecken soll. Mit den Republikanern stimmten 14 Demokraten.

Ueberwiegend hält man den Friedensvertrag dadurch für gefährdet, da der Präsident erklärt hat, ihn in dieser Form nicht anzunehmen.

## Der Gefangenemord im Legeles Forst.

Wo bleibt die gerichtliche Untersuchung?

Wir haben in unserer Montagabend-Ausgabe festgestellt, daß am 17. Januar 1919 die Genossen v. Rajewski, Rerz, Hermann Jordan und Mikfert auf der Fahrt von Spandau nach Legel meuchlings ermordet worden sind. Den nach der Mordtat von einer zuständigen Stelle verbreiteten Bericht, die genannten Genossen hätten einen Fluchtversuch unternommen und seien dabei erschossen worden, stellen wir als Fälschung hin und verlangten auf Grund des von uns vorgelegten Beweismaterials die sofortige Festnahme der Täter und ihrer Helfershelfer sowie eine neue gründliche Untersuchung.

Seit unserer Veröffentlichung, für die in allen Punkten der Beweis angetreten werden kann, sind mehr als zwei Tage vergangen. Aber es hat sich bisher noch keine Behörde gefunden, die zu dem unerhörten Vorfall Stellung

antwärtig etwas Befriedigendes vorgebracht werden kann. Noch täglich erfolgen neue Verhöre, neue Verhaftungen. Und unter solchen Umständen hofft die Regierung, daß die Arbeiterklasse wieder Vertrauen zu ihr schöpfen kann?

Wie dürftig die Verordnungen der Regierung über den Ausnahmezustand ist, das hat Herr Roske gestern selbst gesagt. Sie seien zum Schutze der Bevölkerung gegen Mörder und Blinderer erlassen worden, nicht er. Zu gleicher Zeit aber verbietet man die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie, verhängt man die Schutzhaft gegen unbekanntem Arbeiterführer, unterbindet man jede Versammlungsmöglichkeit unserer Partei. Wenn man nicht annehmen will, daß Herr Roske eine Partei, zu der Millionen von Arbeitern sich freudig bekennen, zu einer Partei von Weibern und Mäubern humpeln will, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die Regierung nur auf einen wenn auch noch so fadenhäutigen Anlaß gewartet hat, um ihrer Gewaltanwendung die Fingel schenken zu lassen.

Eine Stelle aus der Rede des Herrn Roske verdient noch besonders festgehalten zu werden. Er hat frisch weg behauptet, daß die Hauptursache unseres wirtschaftlichen Elends, daß die katastrophale Verelendung der deutschen Volks eine Folge der Streiks der Arbeiter und der ungenügenden Kohlenproduktion sei. Nun haben die Kapitalisten von diesen Sozialisten das Stichwort bekommen. Nicht die Verelendung ungeheurer Kapitalisten ins Ansehen, nicht die Verelendung von Industriearbeitern auf dem Weltmarkt durch das deutsche Unternehmertum, nicht die vom Schieberlumpen beorgte heimtückische Einfuhr von Millionenwertigen durch das Loch im

genommen und eine Sühne des Verbrechens angefüßt hätte. Es schweigt der Staatsanwalt, es schweigt Herr Roske, dessen Befehl seinerzeit die Spandauer Truppen unterstanden. Es schweigen auch die Angeklagten und der Kriegsgerichtsrat. Damals die Untersuchung so gründlich führte, daß die Täter sich heute noch ungestrraft auf freiem Fuße bewegen können.

Das Schweigen spricht Bände und steht im sonderbaren Kontrast zu den Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die Zuchthausstrafe demjenigen androhen, der einen Verbrecher dem ordentlichen Richter entzieht. Um die Wand des Schweigens zu durchbrechen, stellen wir deshalb vor aller Öffentlichkeit die Frage, aus welchem Grunde gegen die des Mordmordes beschuldigten Personen bisher noch nicht eingeschritten worden ist? Es ist doch kaum anzunehmen, daß, ähnlich wie im Marloß-Standal, eine Sühne dieses Verbrechens nicht „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ liegt. Denn das hieße doch, diese und ähnliche Verbrechen einer verwilderten Soldateska legalisieren, hieße allen von Rachegeboten gegen die Revolution und ihre Träger erfüllten Personen einen Freitrief für vergangene und zukünftige Verbrechen ausstellen.

Also noch einmal: Wie steht es mit der Untersuchung des von uns dargestellten Verbrechens? In wessen Händen liegt die Untersuchung? Warum ist der Verdunkelungsgesahr bisher noch nicht durch die sofortige Verhaftung der Beschuldigten vorgebeugt worden? Wir erwarten schnellstens eine klare, unabweidliche Antwort!

## Deutschland und die Offrage.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hielt am 2. und 3. März längere Sitzungen ab, in denen unter anderem die Offrage einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde. Als Ergebnis der Ausforde stellte der Vorsitzende Scheidemann am Schluß folgendes fest: Der Ausschuß ist nach eingehender Prüfung und Besprechung unseres Verhältnisses zu Rußland zu folgendem Ergebnis gelangt: 1. Der Beschluß der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen einzutreten, wird gutgeheißen. 2. Die Absicht wirtschaftlicher und finanzieller Anleihe, eine Studienkommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage nach Rußland zu entsenden, wird begrüßt. Es wird der Regierung empfohlen, ihre Förderung angeheben lassen zu wollen, um damit die demnächstige Aufnahme der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Westen haben die deutsche Wirtschaft immer weiter veruntergebracht, nein, die Foulheit der deutschen Arbeiter trägt daran die Hauptschuld. Nun verlangen wir gar nicht, daß Herr Roske sich von uns oder gar von seinen Parteigenossen Sue darüber unterrichten lassen soll, wer in Wirklichkeit den Rückgang der Kohlenproduktion, die Katastrophe der deutschen Volks verursacht hat, oder wenn er nur einen Blick in den Handelsteil der bürgerlichen Presse geworfen hätte, so würde er nicht den Mut gefunden haben, eine so ungebauerliche Beschuldigung der deutschen Arbeiter unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien in die Welt zu schleudern.

Selbstverständlich haben die bürgerlichen Parteien gegen die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie gestimmt. Auch die Rechtssozialisten stürzten mit ihrer Ablehnung der Anträge den Wall der Reaktion, der sich gegen die Arbeiterklasse aufrichtet. Das wundert uns nicht. Sie glauben, die Rutznießer der Gewaltpolitik zu sein, sie meinen, daß ihr Wesen wieder blühe, wenn gegen die Unabhängigen Sozialdemokratie mit dem Belagerungsstand, mit Presseverböten, mit Schutzhaft und Versammlungsverböten gewütet wird. Aber sie täuschen sich in zweifacher Hinsicht. Die Gewaltpolitik ihrer Regierung fördert nicht ihre eigene Partei, sondern sie stärkt die Reihen der nationalstaatlichen Gegenrevolution. Sie tut auch unserer Bewegung keinen Vorwurf, sondern sie zeigt immer deutlicher den irreführten Arbeitern in den Reihen der Roskepartei, welchen Weg sie künftig zu gehen haben. So hat die gestrige Verhandlung, bei der die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie allein für die Rechte der Arbeiter kämpfte, aufs neue Klarheit für das deutsche Proletariat geschaffen.

# Friede mit Rußland!

Diese Deutsche Nationalversammlung ist doch ein sonderbares Parlament. Sie hat es zuwege gebracht, daß sie selbst unter das Niveau des alten Reichstags gesunken ist. Nie hat die Bureaucratie so unumschränkt regiert, so unbeeinflusst und unkontrolliert vor der öffentlichen Kritik wie gegenwärtig.

Das parlamentarische System sieht jetzt in Deutschland so aus: die Regierung ist völlig abhängig von den Geheimräten. Da sie aber das Vertrauen des Parlaments hat, bequemt sie das Parlament, die Politik der Regierung zu überlassen, das heißt also den Geheimräten. Ueber die wichtigsten Vorgänge wird die Öffentlichkeit kaum mehr informiert. Das gilt vor allem für das Gebiet der auswärtigen Politik. Vor dem Kriege wurde noch über die Beratungen der Unterkommission ausführlich berichtet. Zur Kriege wurden, aus Staatsinteresse natürlich, diese Verhandlungen für geheim erklärt. Und diese Geheimniskrämerie wird sorgfältig konzentriert. Während das französische und englische Parlament sich sehr ausführlich mit der auswärtigen Politik befaßt, hat das deutsche Parlament darüber überhaupt nichts zu sagen. Unserer Fraktion ist es durch die Geschäftsordnung unmöglich gemacht, durch Interpellationen die politisch wichtigsten Fragen auf die Tagesordnung zu setzen. Denn es fehlen ihr die nötigen Unterlagen. Und die anderen Parteien haben dazu kein Bedürfnis. So kommt es, daß die Geheimdiplomatie nie unumschränkter regierte als heutzutage in Deutschland. Die Nationalversammlung ist eben politisch genau so willenlos wie der alte Reichstag.

Das zeigt sich vor allem bei der Behandlung der russischen Frage. Das Auswärtige Amt, in dem derselbe erleuchtete Geist herrscht wie vor dem Kriege, hat trotz günstiger Vorbedingungen es zuwege gebracht, daß wir auch bei der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland vollständig ins Hintertreffen gekommen sind. Erst mußte die Entente vorausgehen und wirtschaftliche Beziehungen zu Rußland anzuknüpfen, bevor sich das Auswärtige Amt entschloß, Verhandlungen über den Kriegsgefangenen Austausch einzuleiten. Dabei muß gesagt werden, daß die Zurückhaltung der russischen Kriegsgefangenen und die Art ihrer Behandlung einen Skandal für sich bildet, über den noch manches zu sagen sein wird. Aber warum verhandelt denn das Auswärtige Amt nicht endlich direkt über die Wiederaufnahme der diplomatischen und der Handelsbeziehungen? Schließlich wird es doch begreifen müssen, daß die konterrevolutionäre Hoffnung auf den Sturz der Bolschewiki sich selbst nicht mehr mit seiner Hilfe verwirklichen wird.

Die Aufnahme der Beziehungen zu Rußland ist natürlich von größter Bedeutung für das europäische und insbesondere für das deutsche Wirtschaftsleben. Dieses riesige Rohstoffgebiet ist einfach unentbehrlich. Bezogen wir doch, um nur das Wichtigste zu nennen, vor dem Kriege fast unsere ganze Holz- und Flachseinfuhr aus Rußland. Ebenso ist Rußland überwiegend bei der Einfuhr von Hanf, Wolle und Weizen sowie einer Reihe tierischer Produkte beteiligt gewesen, von anderen Produkten gar nicht zu reden. Doch für die deutsche Ausfuhr nach Rußland ein außerordentlich ausichtsreiches Absatzgebiet ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Nun ist es richtig, daß das russische Transportwesen zusammengebrochen ist und daher der Handelsverkehr in der ersten Zeit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird. Immerhin sind namentlich große Flachsvorräte wahrscheinlich in kurzer Zeit beschaffbar. Und was das bei dem Mangel an Textilrohstoffen bedeutet, kann sich jeder selbst sagen. Es ist also dringend geboten — aus wirtschaftlichen Gründen, von den politischen ganz abgesehen — die Verhandlungen mit Rußland zu beschleunigen. Ob das aber geschieht, ob das Auswärtige Amt überhaupt die Absicht hat, endlich vernünftig zu werden und das Notwendige zu tun, darüber erfährt die deutsche Öffentlichkeit so gut wie nichts.

Dieser Zustand ist umso unerträglicher, da in der deutschen Arbeiterklasse ein brennendes Interesse für die russischen Verhältnisse besteht. Sie hat es als Schmach empfunden, daß die deutsche sogenannte sozialistische Regierung alle konterrevolutionären Bestrebungen in Rußland unterstützt, das infame Bolschewik-Abenteuer gefördert, die russischen Kriegsgefangenen bis heute noch zurückgehalten hat. Wir wollen aber einen ehrlichen und anständigen Frieden mit Rußland, wir wollen die Regierung der russischen Arbeiter und Bauern rühen und fördern, soweit es irgend möglich ist. Und wir wollen nicht, daß Deutschland sich länger an der infamen Wodade beteiligt. Wir wollen Freizügigkeit der Menschen.

Zwar wissen wir, daß die Wünsche mancher Arbeiterkreise, nach Rußland auszuwandern, zum mindesten verfrüht sind. Die russische Regierung will keine unorganisierte Einwanderung einleiten, sondern sie wünscht selbst die Einwanderung zu leiten und würde, sobald die Verhältnisse es zulassen, dann direkt mit Arbeiterorganisationen Fühlung nehmen. Gegenwärtig muß noch vor einer Einwanderung auf eigene Faust gewarnt werden und auch später wird es sich vor allem um qualifizierte Arbeitskräfte und um bestimmte Berufe handeln. Es ist auch zu bedenken, daß eine allzu starke Auswanderung den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft gerade ihre energiefähigen und fähigsten Kräfte entziehen könnte. Zudem zeigt der Arbeitsbedarf der deutschen Volkswirtschaft eben eine steigende Richtung an, so daß eine vorläufige Auswanderung durchaus nicht im Interesse der Arbeiterklasse gelegen ist.

Aber auch über diese Frage wird man mit größerer Klarheit erst dann urteilen können, sobald die Beziehungen zu Rußland endlich aufgenommen sind. Dies herbeizuführen ist die dringende Aufgabe der deutschen auswärtigen Politik, und die Arbeiterschaft muß fordern, daß das Auswärtige Amt seine Pflicht endlich erfüllt.

## Reaktionäre Unruhen in Niederbayern.

In Passau kam es anlässlich einer Theateraufführung für die freien Gewerkschaften, in welcher das Drama „Kurt Eisner“ aufgeführt wurde, zu neuen Ausschreitungen des nationalistischen Böbels: Reichswehrsoldaten und Studenten sprengten die Aufführung und verursachten

vor dem Gerichtsgebäude eine Schlägerei, bei der mehrere Personen verletzt wurden.

Sowohl hatte Straubing in Niederbayern am Mittwoch unter schweren Unruhen zu leiden, die einzig und allein auf das Konto der reaktionären Hege unter der Landbevölkerung gegen die Zwangswirtschaft zu setzen sind. Eine aufgeputschte Menge stürmte das Landgerichtsgefängnis und befreite dort zwei Geheimschlichter. Nach den Beantworten der Landeswehrabwehrtruppe, welche die Verhaftung vorgenommen hatten, wurde vergeblich gesucht. Die aufgebotene Bürger- und Reichswehr feuerte auf die Demonstranten, tötete zwei und verwundete mehrere von ihnen. Unter den Toten befindet sich ein Redakteur der rechtssozialistischen „Neuen Tagespost“.

## Geschäft und Politik.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Sie haben in Ihrem Mittwoch-Beitrag bereits auf die innige Beziehung zwischen Geschäft und Politik richtig hingewiesen. Sie hätten noch daran erinnern können, daß das Interesse des Herrn Thibben an dem Besitz von Prieg und Bongom bereits in der bekannten Denkschrift der industriellen und agrarischen Verbände, die die Annexion dieses Erzbezirks ausdrücklich gefordert hatten, sehr maßvoll als nationales Kriegsziel (S. 10) in Betracht kam. Sie hätten auch auf die politische Einsicht jener Professoren hinweisen können, die sich dieses Programms gleichfalls zu eigen gemacht hatten. Aber Herr Thibben ist ja nicht der einzige, der es als selbstverständlich betrachtet hat, daß der Krieg seinem Geschäft zu

## Fort mit der Schutzhaft!

dienen habe. Wie steht es denn mit den anderen Großen der Schwerindustrie, mit Hugo Stinnes und Herrn Eugen Berg? Sind es doch diese beiden gewesen, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auf Hindenburg und Ludendorff eingewirkt haben, um sie zum Entschluß der verhängnisvollen Arbeiterdeportation aus Belgien zu zwingen. Stinnes ist von Ludendorff nach Brüssel zum Gouverneur von Belling geschickt worden, um auch diesen zur Anerkennung der Notwendigkeit der Verhinderung belgischer Arbeiter nach Deutschland zu überreden. Trotz heftigsten Straubens des Generals Belling hat Stinnes doch seinen Willen durchgesetzt und damit das deutsche Volk in der ganzen Welt in den Ruf schlimmster Brutalität und Ausbeutung gebracht. Aber die Herren Stinnes und Eugen Berg hatten Arbeitskräfte nötig und scheuten vor nichts zurück, zumal andere die Verantwortung tragen mußten. Hugo Stinnes und Eugen Berg kennen eben wie all ihre Genossen nur eins: den Profit, und sie besitzen Erfahrungen und Beziehungen genug, um den stets mit nationalen Fährden umhängen zu können.

Aus „Patriotismus“ machte Stinnes die größten Anstrengungen, um in den Besitz der Bergwerke von Campine zu gelangen, und aus „Patriotismus“ arbeitete er auch ein Riesenprojekt aus, das er der Regierung zur Genehmigung vorlegte, wonach er alle gemeinwirtschaftlichen Gas- und Elektrizitätswerke in Belgien für sich enteignen lassen wollte, um dadurch — natürlich nur im Interesse Deutschlands — Belgien wirtschaftlich niederhalten und knebeln zu können. Und dieser Mann fand noch den Mut, sich zur Friedensdelegation, die auszubaden hatte, was Leute von seinem Schlage dem deutschen Volke eingebrockt hatten, heranzudrängen und es ist eine der wahrhaft nicht abzulehnen lichten Augenblicke der Regierung Ober-Scheidemann gewesen, in dem durch einstimmigen Abstimmungsbeschluss die Entsendung Stinnes zur Friedenskonferenz abgelehnt wurde. Das hindert aber die Herren nicht, den größten politischen Einfluss auszuüben. Herr Eugen Berg vorn als deutschnationaler Volksvertreter. Herr Stinnes mehr hinter den Kulissen. Herr Helfferich, der fittlich Entrüstete, der Erzberger bekämpft, weil er kein gefügiges Werkzeug der Schwerindustriellen geblieben war, dieser famose Korruptionstäter ist der engste politische Bundesgenosse dieser Herren.

Und die Herrschaften wissen ihre Macht zu nützen. Sie üben durch Ankauf und Subvention einen immer stärkeren Einfluss auf die bürgerliche Presse aus, sie sind die Spender für die Wahlkassen der Reaktionäre. Sie, die Annexionisten und Kriegsverlängerer, schiden sich an, die Macht, die ihnen entglitten war, wieder an sich zu reißen. Und das deutsche Volk ist auf dem besten Wege, seine Verderber wieder zu seinen Beherrschern zu machen.

## Zur Debatte in der Preussischen Landesversammlung.

Genosse Adolf Hoffmann, der durch ein Unwohlsein verhindert war, auf die Beschimpfungen des Ministers Südekum in der Sitzung selbst zu antworten, schickte uns eine Erklärung, in der er zunächst feststellt, daß er nicht die Verhaftung von Beamten, die mit der Schloßverwaltung zu tun hatten, verlangt habe, sondern deren Suspendierung vom Amt und ihre eidliche Zeugnisverweigerung, sowie die Beschlagnahme familiärer Bücher.

Im übrigen habe er Herrn Südekum vorher von seinen Angriffen verständigt. Trotzdem habe Südekum nichts anderes vorzubringen gesucht, als alle seine Angaben als Verleumdung zu bezeichnen. Herr Südekum läte besser, durch eidliche Verneinung der ihm namhaft gemachten Zeugen Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, als sie durch Schimpfereien noch undurchsichtiger zu machen.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1918 angenommen.

Bergarbeiterstreik im Saargebiet. Die Bergarbeiter der Halberger Hütte in Drebach ist am Mittwoch auf Beschluß der Organisationen in den Ausstand getreten. Die Arbeiter fordern den Austritt einzelner Beamter.

Die Einberufung der Jahresklasse 1920 in Frankreich ist vom Senat am Dienstag angenommen worden.

## Erdrosselung des Postverkehrs.

Der sogenannte Verkehrsbeirat hat eine geradezu ungeheureliche Verteuerung der Postgebühren beschlossen. Wir greifen die wichtigsten Posttionen aus seinen Vorschlägen heraus:

Briefe sollen durchweg im Orts- und Fernverkehr 80 Pf. kosten, Postkarten 20 Pf., Briefe über 20 bis zu 250 Gramm sind mit 50 Pf. zu frankieren.

Bei Drucksachen, Geschäftsproben, Warenproben und Reisebüchern wird der bisherige Satz um 100 Proz. erhöht. Postanweisungen bis 50 M. sollen 50 Pf., bis 100 M. 1 M., bis 500 M. 1,50 M., bis 1000 M. 2 M. kosten.

Der Päckentarif wird von 60 Pf. auf 1 M. aufgebessert. 5-Kilo-Pakete, die bisher in der Nation 75 Pf. und in der Fernzone 1,25 M. kosteten, sind mit 1,25 M. bzw. 2 M. freizumachen. Für 10-Kilo-Pakete werden 2,50 M. bzw. 4 M. entrichtet.

Eine wesentliche Erhöhung greift beim Zeitungstarif Platz. Einzelnummern bis 20 Gramm werden mit 3 Pf. berechnet, von 20–50 Gramm mit 4 Pf. (bisher etwa 1,60 Pf.), für jede weiteren 50 Gramm wird 1 Pf. mehr erhoben.

Die Telegramm- und Fernsprecharteife werden allgemein um 100 Proz. erhöht. Beim Telefon stellt sich die Neustufelung teilweise etwas höher, bei Rechen bis zu 50 Anschlüssen werden 820 M. gegen 100 erhoben werden, bei Rechen bis zu 20 000 Teilnehmern beträgt die neue Gebühr 720 M., bei 20 000 bis 50 000 Teilnehmern 790 M. und bei Anschlüssen von mehr als 50 000 Teilnehmern 800 M. jährlich. Dieser Satz hat z. B. für Berlin Geltung.

Der Entwurf des Verkehrsbeirats liegt gegenwärtig dem Reichsfinanzministerium vor. Er soll möglichst bald dem Reichsrat und der Nationalversammlung vorgelegt werden, damit der neue Tarif noch am 1. April in Kraft treten kann.

Wegen den trafen Sozialismus, der in dieser Erhöhung der Verkehrsgebühren zum Ausdruck kommt, ist der härteste Protest am Platze. Eine solche Verteuerung vermag unser Wirtschaftswesen nicht zu ertragen, und die Nationalversammlung macht sich außer dem hoffentlich klar, daß der Postverkehr unter den vorgeschlagenen Tarifen beträchtlich zurückgehen und demzufolge die erwarteten Beiträge nicht bringen würde.

Das tollste Stück ist aber, daß jeder Besitzer eines Fernsprechan schlusses einmalig 1000 M. an die Postverwaltung abführen soll. Diese Summe will man zwar bei Kündigung des Anschlusses zurückerhalten und sie auch nach einem noch festzu stellenden Satz verzinsen, trotzdem aber bleibt diese Scherzhaft unerböt. Der Fernsprechapparat ist für die meisten Menschen kein Luxus, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit, und der Gedanke ist unerträglich, daß dieses Arbeitsmittel in solcher Art zur Deckung des Defizits herangezogen werden soll. Gegen diese Methode haben alle Interessenten Front zu machen, und sollte der Widerstand fruchtbar sein, so müssen Wege gesucht werden, um der Postverwaltung vor Augen zu führen, daß das Wirtschaftswesen sich eine derartige Belastung nicht gefallen lassen kann.

## Für die Befreiung der Arbeiter.

In einer Versammlung der deutschnationalen Volkspartei in Steglitz hat am Dienstagabend der bekannte Vizepräsident Traub eine seiner bekannten reaktionären Reden gehalten. Bemerkenswert ist daraus, wie wir dem „Steglitzer Anzeiger“ entnehmen, daß der Gottesmann als das beste Mittel zur Befreiung der Produktion die Einführung des Arbeitszwanges und daneben noch den weiblichen Dienstzwang ansieht. Unter langandauerndem Beifall verlangt er dann noch, daß zum Präsidenten ein Mann gewählt werden solle, zu dem das ganze Volk Vertrauen haben könne. In die Stelle, wo früher ein Kaiser gestanden habe, müsse wieder ein Kaiser treten.

Der Arbeitszwang, den Herr Traub und seine deutschnationalen Freunde fordern, bedeutet nichts anderes, als die Befreiung der Arbeiter. Diese Leute wollen ja nicht den Kapitalisten und die Parasiten der kapitalistischen Gesellschaft zur Arbeit zwingen, sondern lediglich die Proletariat. Wenn Herr Traub und seinesgleichen etwa zur acht- oder neunstündigen Arbeitszeit eines Bergarbeiters gezwungen werden sollten, so würden sie ihre Forderung nach dem Arbeitszwang schnell wieder fallen lassen.

## Ein Märtyrer.

Der Staatsanwalt hat gegen den Knüppelwage ein Ermittlungsverfahren wegen des Verbrechs von Totschlag gegen eingeleitet. Das gibt der „Deutschen Zeitung“ Veranlassung, Runge als Märtyrer zu feiern. Sie fohelt in ihrer Beschränktheit etwas von „Judenhase“ und sagt, das ganze Verbrechen sei an den Haaren herbeigezogen zu dem Zweck, „den kühneren Vorkämpfer für die deutsch-böhmische Bewegung etwas am Zeuge zu fassen“. Herr Runge habe niemals zu Vorurteilen aufgefordert. Direkt hat er das sicher nicht getan. Aber er hat in seinen Reden an die niedrigsten Instinkte seiner Zuhörer appelliert, sie durch verlogene Redensarten in eine häßliche Fieberstimmung versetzt und dann am Schluß einer solchen Versammlung Totschläger feigeboten und als vorzügliches Kampfmittel angepriesen worden sind, so ist das eine Mordanschuld, die in ihrer Tendenz eben auf die Veranlassung von Pogromen hinausläuft. Außerdem wird in der antisemitischen Literatur, die wohlweislich — anonym erscheint, ganz offen zu Pogromen aufgefordert. Die Verurteilung der Totschläger durch Runge ist also nichts weiter als eine Anleitung und Begünstigung zur Verübung eines Verbrechs. Daß sich die „Deutsche Zeitung“ für ihren Knüppelwage so warm ins Zeug legt, wundern uns dabei gar nicht. Sie hat bisher für jeden Mordmord beschönigende Worte gefunden, warum soll sie da nicht auch die pogromistischen Kaufbolde unter ihre schützenden Fittiche nehmen.

Das Gesetz ehemaliger Gefangener in England ist jetzt von der englischen Regierung freigegeben worden und wird nach und nach abtransportiert. Im Interesse einer schnellen Abfertigung werde alle, die Gesetz auf England erwarten, ersucht, ihre Adresse usw. der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg, Abteilungs-Gefangenengepäck, mitzuteilen.

Bergarbeiterstreik in Frankreich. In den Bergwerken von Marles kreisen fast sämtliche Arbeiter, 11 170 Mann haben die Arbeit niedergelegt.

Kommunales Frauenwahlrecht in Belgien. Die belgische Kammer hat mit 120 gegen 87 Stimmen den ersten Artikel eines Gesetzesentwurfes angenommen, welcher allen belgischen Bürgerinnen ohne Unterschied des Geschlechts das Wahlrecht für die Gemeinderäte verleiht.

Die Schweiz und der Völkerverbund. Der schweizerische Nationalrat hat mit 115 gegen 55 Stimmen bei 4 Stimmentzückungen den Beitritt der Eidgenossenschaft zum Völkerverbund beschlossen, ohne die sogenannte „Amerikaner-Klausel“ beizubehalten.



**Theater und Vergnügungen.**

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
9 Uhr: Opa von Berlin

**Opernhaus**  
7 1/2 Uhr:  
**Salome**

**Schauspielhaus**  
7 Uhr:  
**Othello**  
Direktion: Max Reinhardt  
Deutsches Theater  
7 1/2 Uhr: Jaakobs Traum.  
**Kammerspiele**  
Zum 1. Male:  
7 Uhr: Gabriel Schillings Flecht  
**Großes Schauspielhaus**  
Karlstraße  
7 Uhr: Hamlet  
(3. Abteilung, II. Abend.)  
Direktion  
Carl Reinhard — Kap. Herzog  
Theater I. 4.  
**Röniggräber Straße**  
18 U. Schloss Wetterstein  
Fr. Schloß Wetterstein  
Sonntag Schloß Wetterstein  
**Romödienhaus**  
48 Uhr: „Sieg“  
Freitag: „Sieg“  
Sonntag: Zum 1. Male:  
**Der Herr Minister**  
Komödie von Paul Schöner.  
Max Pohlenberg, Frieda  
Richard, Heinz Stüde, Rosa  
Veitkirch, Graf Diercks,  
Gustav Boltz, Werner Hoffmann,  
Frieda Lehndorff, Herm. Picha)  
**Berliner Theater**  
7 Uhr:  
**Der letzte  
Walzer**  
(Fritz Henzler, Otto Storm,  
Eva Weismann)  
**Lessing - Theater**  
Direktion: Viktor Barnowsky  
7 1/2 Uhr: Pygmalion  
(Tilla Durieux, Heinz Salner)  
Freitag 7 Uhr: Peer Gynt  
Sonntag 7 1/2 Uhr: Pygmalion  
**Deutsches Künstler-Theater**  
Abend: 7 1/2 Uhr:  
**Menagerie**  
(Adalbert Götze, Hans Poling,  
Fischer, Wollner)  
**Neues Operettenhaus**  
Direktion: Jean Kren  
Abend: 7 1/2 Uhr 30 Min.:  
Mia Wambor u. O. 10  
**Die kleine  
Hoheit**  
**Residenz - Theater**  
(Stadtbahn Jannowitzbrücke)  
Heute 7 Uhr zum 1. Male:  
**Die Raschoffs**  
von Hermann Södermann  
Sonntag 4 U. Max u. Moritz  
Sonntag 4 Uhr: Der gute Rat  
**Trionon - Theater**  
(Matahol Friedländerstraße)  
Täglich  
7 1/2 Uhr:  
**FEMINA**  
Sonb. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel  
Sonntag 4 Uhr: Johanneseier  
**Gasno-Theater**  
Lehrtege Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr  
Nur noch bis Freitag  
**Schniepois Leno**  
Sonabend, den 6. März  
Zum 1. Male:  
Ein alter Sinder  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Wanderkur.  
**Waldhalla - Theater**  
7 1/2 Uhr:  
**Die Csardasfürstin.**  
**Apollo-Theater**  
Friedrichstr. 218.  
Abend: 7 1/2 u. 7 1/2  
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2  
Unübertreffliches  
Varieté-Programm!  
**Theater am Kolonnen Tor**  
Tel. Moritzplatz 14034.  
Tägl. 7 1/2 u. Sonntag  
nachm. 3 Uhr:  
**Elife-Sänger**  
9 abend. Mitgl. der  
Berliner Sänge,  
Bildtoren-Lied  
Vorv. 11-13 u. 44 bis  
**Rose - Theater**  
7 Uhr:  
**Wilhelm Tell**  
**Wintergarten.**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Varietévorstellung**  
Rauschen restaur.  
**Eden-Theater**  
in der Alten Jakobstraße 30.  
7 1/2 Uhr. neu einstudiert:  
**Die Dollarprinzessin**  
mit Oskar Bruns und  
Elizabeth Balzer-Lichtenstein.  
**Circus Busch**  
Donnerstag, 4. März, 7 1/2 Uhr  
Travik. Pantomime  
**Aphrodite**  
in 3 Akten v. Paula Busch  
inszen. v. Georges Bizet  
Vorher d. neue März-Prgr.!

**Großes Schauspielhaus**  
Sonntag, den 7. März, 2 1/2 Uhr  
Außer Abonnement  
**Hamlet**  
Regie: Max Reinhardt  
Preise der Plätze 12.— bis 24.—  
Billets: Theaterkasse, R. Wertheim u. im Invalidentau

**Großes Schauspielhaus**  
Sonabend, den 6. März, 7 Uhr  
Sonntag, den 7. März, 7 Uhr  
Außer Abonnement  
**König Dedipus**  
Tragödie von Sophokles  
Regie: Max Reinhardt  
Dedipus: Alexander Moissi  
Preise der Plätze 12.— bis 24.— Billets: Theater-  
kasse, R. Wertheim und im Invalidentau

**Achtung! Metalle! Aufheben!**  
Zahl für Kupfer, Messing, Blei,  
Zink usw. mehr wie Konkurrenz.  
Klempner Kastanienallee 85  
und Weissenburger Str. 11.  
Bitte die höchste Annonce mitzubringen.

**Metallankaufsstelle Osten**  
Andreasstr. 33, — vis-a-vis der Markthalle —  
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.  
**Platin, Brillanten,  
Gold- u. Silberbruch**  
kauft zu höchsten Preisen  
C. Käferle, Frankfurter Allee 277, 1.  
Sonntag bis 4 Uhr nachmittags.

**Altmetall**  
Kupfer, Messing, Aluminium, Blei, Zinn, Eisen kauft zu den  
**höchsten Tagespreisen**  
Schlosserei NIEMANN  
Stallschreiberstraße 55  
Am Moritzplatz. Auf Hausnummer achten.

**Metallschmelze**  
Mariannenstraße 24,  
an der Kottbuser Brücke zahlte wie allbekannt die  
**höchsten Tagespreise.**  
Telephon: Moritzplatz 10623.  
Sendungen von Außerhalb werden prompt erledigt.

**Achtung!** Kupfer kg 25.— M.  
Messing kg 15.— M.  
Blei kg 9.— M.  
Eisen kg 1.20 M.  
kauft  
**Selfert,**  
Ackerstraße 32 III.  
Es wird aber nur abgeholt, auch  
kleine Posten. Karte genügt.  
Emdener Straße 25.

Ich zahle immer noch die höchsten Tagespreise für  
**KUPFER, MESSING  
Blei, Zink**  
Gold-, Silber-Medaillen  
und andere Metalle sowie  
alte Gebisse  
2 Ankaufsstellen  
**Gotthelm, Mariannenstr. 12  
und Schmidstr. 17a** gegenüber  
Schillerstraße  
Mitglied des Vereins d. Altmetallhändler Groß-Berlin.

**Metalle bedeutende Preiserhöhung!**  
Platin-Zahngelbisse, Zahn bis 75 Mark.  
Goldbruch und Silberbruch! Silber,  
Messing! Quecksilber! Kupfer! Rein-  
zinn! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn!  
Stannolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapfen!  
Schrotblei. Glasflaschen M. 100.— alle  
Metalle höchstehend  
**Edelmetall-Einkaufsbureau,** Weberstraße 31  
— Alex. 4943.

**Nur kein Neid!**  
Kupfer b. 25.50, Messing 15.00  
Reinzinn 80.00, Blei 10.00  
Alt-Zinngeschirre, Bierschlangen  
Quecksilber  
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen  
Metallschmelze — Prinzessinnenstr. 17  
neben Wertheim (Moritzplatz)  
Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

**Münzen, Briefmarken**  
kauft Grossmann, Johannisstr. 4  
Norden 106 21.

**ALT-METALLE**  
Kupfer 25.50, Messing 15.50, Blei 10.50,  
Zink 8.50, Rotgub 22.—, Reinzinn 80.—,  
Lasermetall bis 45.—, Quecksilber bis 140.—  
Kohleprodukten - Handlung  
**Dresdener Straße 13-14**  
Moritzplatz 12523. Hausnummer beachten.

**Metall-Ankaufsstelle**  
Stallschreiber - Str. 50/51  
zahlte für  
Quecksilber per Kilo 145.— bis 150.— M.  
**Kupfer  
Messing  
Blei  
Zink** zu den höchsten  
Tagespreisen  
Geöffnet von 9-6 Uhr

Wer für Altmetalle den höchsten Preis  
erzielen will, geho zum Metalleinkauf  
**Dresdener Straße 11.**

**Goldbruch 40, Silberbruch 1.30**  
Platin — Zähne — Brillanten  
Schmucksachen usw. kauft  
Edelmetallschmelze E. Kresche  
Neukölln, Prinz-Handjery-Straße 69

**Sie haben einen Vogel**  
abgeschossen, wenn Sie Ihre  
Metallabfälle und Alteisen  
nur an mich verkaufen.  
Zahle stets höchste Tagespreise.  
Eisen- u. Metallgroßhandl. Willy Seydlitz  
Hauptgeschäfts-  
Neukölln, Lieberdastr. 4. Telefon: 9403.  
Nur für engros.  
Detailankaufsstellen:  
Hermannstr. 4, Böhmische Str. 16 (in Richardpl.)  
Berlin, Schönhauser Allee 151. — Pöcklerstr. 33.  
Größere Posten werden abgeholt.  
Post- u. Bahnsendungen werden prompt erledigt.  
Käuflich des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlin.

**Achtung! Ankauf!**  
Kupfer 25.— Messing 15.— pro kg  
Zink 8.— Blei 9.50  
sowie Zinn, Aluminium  
zahlte die höchsten Konkurrenzpreise, jeder überzeuge sich  
**1 Oderberger Str. 1 im Hof**  
(an der Schönhauser Allee)

**Zahngelbisse**  
bis 4000 Mark,  
auch zerbrochener Zahn nicht unter 20 bis 100 Mk.  
kauft täglich von 10 bis 6 Uhr  
Deutscher Hof, Luckauer Straße 18, links part.  
(Am Moritzplatz)

**Alte Gebisse**  
auch zerbrochen, bis 3000 M.  
Einzelne Platinstützähne von 21.25 bis 200 M.  
doch nicht unter 21.25 M. pro Zahn.  
**PLATIN-**  
Brennstifte,  
Kontakte usw. bis 320 M. pro Gramm.  
Gold- u. Silberzeräve, Schmucksachen und  
Juwelen kauft zu den höchsten Tages-  
preisen täglich von 9 bis 8 Uhr  
**J. Herz, Fehrbelliner Str. 52**  
Vorderhaus links part.  
Sonabend nur von 6-8 Uhr abends.

**Alte Zahngelbisse**  
pro Zahn 15.— bis 18.—  
**Platin, Brennpitzen,  
Kontakte, Tiegel usw.**  
Goldbruch + Silberbruch  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**A. Unger**  
Alte Schötkauer Str. 14-15, Uhren-Laden

**Die Zahneinkaufsstelle**  
Charlottenburg, Pritschstr. 46, v. II. sa der  
Kantstraße (Bahnhof Charlottenburg)  
kauft täglich von 9-1 und 2-6 Uhr  
zu höchsten Preisen  
**alte Gebisse**  
Pro Zahn nicht unter 15-20 M., Silberzähne bis 200 M.,  
Knochen des Hais, — Brandmalerei-Stifte  
auch Gewicht (Gramm) 300 Mark.

Lumpen bis 30 M. das Kilo  
Stoffe, sämli, Futtersachen,  
Remdentuche, Garne höchst-  
Stecher, Rosenthaler Straße 16-17, Norden 454.

**Goldbruch  
Silberbruch  
Kupfer  
Messing  
Blei  
Zinn**  
kauft zu höchsten  
Tagespreisen  
**Silberzentrale  
Goltzkowskystr. 13**  
Geöffnet von 9-6 Uhr.

**Kupfer  
Messing  
Zinn  
Sämtl. Metalle  
Quecksilber  
Platin  
Gold-,  
Silber-  
Abfälle  
Zahngelbisse**  
kauft zu riesig  
hohen Preisen  
in unseren  
6 Einkaufsstellen  
**Metall-Zentrale**  
1. Brunnenstr. 11  
am Rosenthaler Platz  
2. Fennstraße 48  
am Weddingplatz  
3. Beusselstr. 29  
nahe der Tarnstraße  
4. Bahnhofstr. 2  
Ecke Schöneberger Str.  
am Anhalter Bahnhof  
5. Neukölln  
Kaiser-Friedrich-Str. 229  
nahe Hermannplatz  
6. Weidenweg 72  
am Döllnplatz.

**Kupfer 22,—  
Messing 12,—  
Blei 8,—  
Zinn bis 70,—  
Lagermetall bis 30,—**  
per kg  
**Driesener Str. 24**  
Ecke Schivelbeiner Str. Laden  
Mitglied des Vereins der Alt-  
Metall-Händler Groß-Berlins.

**Kupfer bis 26,—  
Messing „ 15,—  
Blei „ 10,—  
Zinn „ 8,—**  
pro kg etc.  
**C. Wilke**  
Stallschreiberstr. 45 Laden

**Quecksilber** 145.— bis  
150.— M.  
p. Kilo  
in den  
höchsten  
Tagespreisen.  
**Kupfer  
Messing  
Blei  
Zinn**  
**Metallankauf**  
Neue Jakobstraße 20  
Kommandantenstr. 77-78  
Fernruf: Zentrum 5706  
Größ. Posten werden abgeholt.

**Mittels des  
Kupfer 25.— M.  
Messing 15.— „  
Blei 11.— „  
Zinn 7.50 „**  
**H. Samuelsohn**  
BERLIN SO 26  
Naunynstraße 38  
an der Oranienbrücke,  
Am Moritzplatz 4500.

**Quecksilber** 145.— bis  
150.— M.  
p. Kilo  
in den  
höchsten  
Tagespreisen  
**Kupfer  
Messing  
Blei  
Zinn**  
**Metallankauf**  
Neue Königstraße 59  
Am Alexanderplatz  
Größ. Posten werden abgeholt

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todesanzeige.**  
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, das  
folgende Kollegen und Kolleginnen verstorben sind:  
Der Schlosser  
**Ferdinand Peplow,**  
Ober-Schöneweide, am 28. Februar. Die Beerdigung  
findet am Mittwoch, den 3. März, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Gemein-Friedhofes, in Ober-  
Schöneweide, Rathenaustr., aus statt.  
Der Gärtler  
**Hermann Bauer,**  
Adalbertstraße 85, am 28. Februar. Die Beerdigung  
findet am Donnerstag, den 4. März, mittags 12 Uhr,  
von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermann-  
straße, aus statt.  
Der Anschläger  
**Artur Holzwarth,**  
Charlottenburg, Kirchstr. 21, am 29. Februar. Die Be-  
erdigung findet am Donnerstag, den 4. März, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des Süd-West-Kirchhof  
in Stahndorf aus statt.  
Die Arbeiterin  
**Ida Hummel,**  
Nehlfeld, Schillerstraße 39, am 29. Februar. Die Be-  
erdigung findet am Freitag, den 5. März, nachmittags  
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakob-Kirch-  
hofes, Hermannstraße, aus statt.  
Der Schraubendreher  
**Wilhelm Feichert,**  
Baumschleusenweg, Forstweg 3, am 1. März. Die Be-  
erdigung findet am Donnerstag, den 4. März, nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemein-Friedhofes,  
Baumschleusenweg, Kirchholzstraße, aus statt.  
Die Arbeiterin  
**Marta Kleff,**  
Hohenschönhausen, Berliner Straße 68, am 1. März. Die  
Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemein-  
Friedhofes, Hohenschönhausen, aus statt.  
Der Bandagist  
**Reinhard Langer,**  
Crefelder Straße 26, am 1. März. Die Einäscherung  
findet am Freitag, den 5. März, nachmittags 2 Uhr, im  
Krematorium, Gerichtstraße, statt.  
Der Schlosser  
**Hugo Oesterheld,**  
Vollstraße 32, am 1. März. Die Einäscherung findet  
am Freitag, den 5. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Kre-  
matorium, Gerichtstraße, statt.  
Der Mechaniker  
**Max Müller,**  
Neue Hochstraße 32-34, am 1. März. Die Einäscherung  
findet am Sonntag, den 6. März, nachmittags 5 Uhr,  
im Krematorium, Gerichtstraße, statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.  
**Nachruf.**  
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, das  
folgende Kollegen und Kollegin gestorben sind:  
Der Arbeiter  
**Julius Kahl,**  
Lychener Straße 20, am 27. Januar.  
Die Arbeiterin  
**Charlotte Bräuninger,**  
Charlottenburg, Grünstr. 16, am 1. Februar.  
Der Metallarbeiter  
**Otto Kunert,**  
Schiffmannstraße 21, am 18. Februar.  
Der Schlosser  
**August Buttgereth,**  
Wernecheurer Straße 1, am 21. Februar.  
Der Schlosser  
**Hans Brandt,**  
Charlottenbg., Kaiserin-Augusta-Allee 40, am 21. Februar.  
Der Klempner  
**Rudolf Cramer,**  
Neukölln, Weichselstr. 37, am 27. Februar.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege des  
Industrie-Arbeiter  
**Wilhelm Neumann**  
von der Firma Lorenz, Tempelhof, am 1. d. Mts. im  
Alter von 40 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. d. Mts.,  
nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner  
Gemein-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung eruchtet  
Die Bezirksverwaltung.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund**  
„Solidarität“  
Ortsgruppe Berlin, 5. Abt.  
Unsere Mitglieder  
hierdurch zur Nachricht,  
daß unser Genosse  
**Karl Stark**  
Ruhesower Straße 21  
am Montag, den 1. März,  
vormittags 3 Uhr, an der  
Grippe verstorben ist.  
Die Beerdigung findet  
am Donnerstag, den  
4. März, nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Lei-  
chenhalle des neuen  
Johannes-Kirchhofes in  
Ploetzensee aus statt.  
Um rege Beteiligung  
bittet die  
Abteilungs-Leitung.

**Turnverein Fichte**  
4. Männer-Abteilung u.  
Sport-Abteilung Nordst.  
Am Montag, den 1. März,  
verstarb infolge Grippe  
unser Turngenosse  
**Karl Stark.**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 4. März  
auf dem Johannes-Fried-  
hof in Ploetzensee statt.  
Freiwilliger Mitglieder  
um 2 1/2 Uhr am Dölln-  
platz, Bendastraße. Rege Be-  
teiligung erwartet.  
Der Vorstand

**Kupfer . . . 25.—  
Messing . . . 14.—  
Blei 8.— bis 9.—  
Zinn . . . . . 7.—  
Eisen . . . . . 1.—  
Bei großen Quanten mehr.  
**Baatz,  
Höchste Straße 47.**  
**Kupfer 25.—  
Messing . . . 15.—  
Blei . . . . . 10.—  
Zinn . . . . . 7.—  
Quecksilber . 150.—  
Metalleinkauf  
Schulzendorfer Str. 2****

# Gegen den Geist der Gewalt.

Die Sitzung wird um 1 1/2 Uhr eröffnet. Hans und Trübner sind stark besucht. Auf der Tagesordnung stehen zuerst zwei Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie, die die Aufhebung der Verordnungen über den Ausnahmezustand für das ganze Reich und die Befreiung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Errichtung von Standgerichten und die Verhängung von Todesurteilen im Ruhrrevier fordern. Die Anträge werden vom Genossen Cohn begründet.

## Abg. Oskar Cohn (U. Soz.):

In der Begründung für die Verhängung des Ausnahmezustandes ist behauptet worden, daß sie auf Grund der Vorgänge vom 13. Januar erfolgt sei. Kennzeichnend ist, daß die Verordnung vom 13. Januar der Nationalversammlung erst vor zehn Tagen zugegangen ist, trotzdem die Verfassung vorschreibt, daß von der Verhängung derartiger Maßnahmen dem Reichstag unmittelbar Kenntnis gegeben werden müsse. (Hört, hört!) Der Ausnahmezustand ist nur über Norddeutschland verhängt worden. Man kann also wieder von der Aufrichtigkeit einer Mainlinie sprechen, offenbar haben die Süddeutschen damit zeigen wollen, daß sich in Preußen seit dem November 1918 nichts verändert habe. Als Vorwand werden die Vorgänge vom 13. Januar vor dem Reichstag angegeben. Das ist eine offensichtliche Unwahrheit, denn die erste Verordnung ist schon vom 11. Januar datiert. Damals war aber keine Rede von Unruhen. Die wüste Heide, die nach dem 13. Januar einsetzte, sollte nur die Wirkung der Verordnung für das Ruhrrevier betreffen. Der wirkliche Grund für diese Verordnung ist Wiederherstellung der Bergarbeiter und die Bergverwaltung der Arbeiterklasse. Es ist, als man den Reichskanzler Bauer hörte, wenn man die Rede Bethmann Hollwags aus dem Jahre 1910 anlässlich des Roabiter Stromfalls liest: „Deshalb“, so sagte Bethmann, „bin ich auch der Ansicht, daß die Sozialisten eine Mitschuld an den Vorgängen tragen.“ Genau so, nur in größeren Tönen, betet Herr Bauer nach: „Die Unabhängigen werden die Mitschuld nicht ableugnen können, sie tragen das Königreich der Mitschuld auf ihrer Stirn.“ Was Bethmann Hollweg in seiner Rede andeutete, hat Herr Bauer diesmal in grober Ausmaßung wiederholt. Das ist

### der Fortschritt der Zeit.

Daß die Handhabung des Belagerungszustandes ziemlich gleichartig erfolgt, ist nicht ersichtlich, da sie der Reichswehr übertragen wurde, ergänzt durch die ihr verwandte Sicherheitswehr. Die „Frankfurter Zeitung“ hat erst kürzlich den realistischen Geist, der in der Reichswehr herrscht, gekennzeichnet. Und wegen diesen Geist macht sich selbst in den Kreisen der Reichswehr Parteien Kämpfer Unruhe bemerkbar. Genau so, wie während des Krieges bei der Niederämpfung der Munitionsdarbeiter junge unerfahrene Leute vom Lande verwendet wurden, so gebraucht man jetzt zur Niederämpfung der Arbeiter politisch unreife Elemente. Der erste Angriff richtete sich gegen die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie. Es sind mindestens 27 bis 28 Zeitungsverbote erfolgt, und das nennt sich Pressefreiheit. Die Verbote sind mit gleichartiger Willkür, aber doch nicht gleichmäßig erfolgt. Wegen derselben Artikel sind die einzelnen Blätter drei, fünf, zehn, vierzehn Tage, drei und vier Wochen verboten worden. Eine Sorte Verbote ist bis auf weiteres erlassen, bei einer anderen Sorte fehlt jede Zeitangabe. Ein Teil unserer Blätter sind schon zwei- und dreimal verboten worden. In einer großen Anzahl von Fällen zeigt sich ganz deutlich, daß man mit ihnen die wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse treffen wollte. Die Begründung dieser Verbote sind teils lächerlich, teils gemein. Wiederholt wurde zuerst die Zeitung verboten und dann der verantwortliche Redakteur in Schutzhaft gesetzt. Ganz besonders leitete bei den Redaktionen der Generalmajor Raeder in Sachsen und Thüringen. Er setzt sich an die Stelle der Staatsanwälte und der Gerichte, verhängt Bestrafungen über die Presse und verschärft dann noch diese Bestrafungen. Die ordentlichen Gerichte haben keinen Grund zum Einschreiten gefunden. In einigen Fällen beantragt sich der Militärbefehlshaber, das sogenannte hebräische Auftreten zur Begründung des Verbots zu machen. Ein anderes Mal folgt er dafür, daß die auswärtige Politik der Regierung nicht Schaden erleide. Genosse Cohn führt eine Anzahl der kräftigsten Begründungen für die Verbote an. General Raeder verbot die „Unabhängige Volkszeitung“ in

Dresden und stellte sich schützend vor die ausliefernden Personen. Die Kriegsverbrecher werden in seinem Munde zu „angeblich Kriegsschuldigen“. Das „Ruhr-Gesetz“ wird u. a. verboten wegen eines Artikels gegen den Schleierhandel.

## Die vernünftige und anständige Journalisten

über die Verhaftung verantwortlicher Redakteure denken, nicht weil sie etwas Strafbares, nicht weil sie sonst etwas der Politik Schädliches begangen haben, das ist vor einiger Zeit, als es sich um die Schutzhaft meines Parteifreundes Rabold von der „Freiheit“ handelte, in der Pressekonferenz gesprochen worden. Damals hat sich der Vertreter des „Vorwärts“ folgendermaßen geäußert:

„Meine Herren! Nun ist es genug. Jetzt ist das Maß voll. Niemand hätte unter einer früheren Regierung sich solches bieten lassen. Die Regierung treibt eine Unterhöhlung des Rechtszustandes, eine Auslöschung des Rechtsfundaments, auf dem sich die Arbeiterpresse bisher aufgebaut hat. Man preist einfach auf alle Rechtsarbeiten, die die Presse bisher hatte. (Weh, hört, hört!) bei den U. S. P.“

Mit der Mundstummung meiner Partei auf dem Gebiet der Presse geht das Verbot fast aller Versammlungen einher. Der Reichspräsident Ernst hat vor kurzer Zeit eine Anzahl von Versammlungen in Berlin verboten, in denen die Abgeordneten über ihre Tätigkeit in der Preussischen Landesversammlung berichten sollten. Auch mir wird es schon seit Monaten unmöglich gemacht, zu meinen Wählern in Berlin zu sprechen. In Königsberg läßt sich bei den Versammlungsverboten deutlich das klanonische Ziel des Militärbefehlshabers, Generalleutnant von Stort, erkennen. Die Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie wurden für den ganzen Wehrkreis I verboten, damit durch sie die Landarbeiter nicht verhetzt werden sollten. Wer die Agitation des Landbundes in Pommern kennt, der weiß genau, wie hier nur ein Wort ausreichte, um dahinter die nach Belästigung ihres Kooperationsrecht, nach Verbesserung ihrer allgemeinen Lage ringenden Landarbeiter zu treffen. Hand in Hand damit gehen Redverbote an einzelne Personen. Vom Standpunkt der Regierung könnte ich mir

### nur ein vernünftiges Rede-Verbot

denken, und zwar an den Herrn Reichswehrminister Raede. Er ist zwar mit seinen Auslandsinterviews unter die Zensur des Auswärtigen Amtes gestellt worden. Das hat ihn aber nicht daran gehindert, vor wenigen Tagen wiederum ein Interview zu geben. Annehmend betrachtet Herr Reichswehrminister Raede sowohl die Auslands-, wie die Inlandspolitik als den Vorgesandenen in dem er herumwütet kann. Die Handhabung des Ausnahmezustandes steht genau so aus, wie die Handhabung des Belagerungszustandes vor dem November 1918. Versammlungsverbote, Zeitungsverbote, Redenverbote und selbstverständlich auch die Schande der Schutzhaft. In Sachen beruft man sich ganz eindeutig auf das Belagerungszustandsgesetz vom 4. Juli 1861. Für den sächsischen Militärbefehlshaber ist die Verfassung gar nicht vorhanden. Hunderte namenlose und bestimmte Parteigenossen sind mit ihnen seit Wochen in Schutzhaft, ohne daß bisher auch nur eine Nachprüfung möglich gewesen wäre. Gerade die Zeit für die Vorbereitung für die Betriebsratswahlen hat man benützt, um die Wortführer der unbeweglichen oppositionellen Elemente in den Schatten zu setzen. Die Schutzhaftlinge sind in unzureichenden Räumen untergebracht. Eine beträchtliche Anzahl sitzt immer noch im Vollzugsgefängnis auf dem Alexanderplatz, dem Lokal das in friedlichen Zeiten zur vorläufigen Unterbringung von Dinnern und aufgereiften Weibern gedient hat. Eine besondere Schande ist, daß Beschwerden gegen die Schutzhaft noch immer vom Reichsmilitärgericht entscheiden werden. Noch war keine Zeit, an besten Stelle die bürgerlichen Gerichte einzusetzen. Die Verschleppung der Beschwerden zeigt sich nicht nur bei den Schutzhaftfällen, sondern auch bei den Redenverböten, die an den Reichswehrminister wegen der Zeitungsverbote und sonstigen Anordnungen gerichtet werden. Genosse Cohn führt zum Beweise dessen eine Anzahl Fälle an.

Der Gipfel wird durch die zweite Verordnung vom 18. Januar erreicht. Für eine Anzahl Delikte, auf die lebenslängliches Zuchthaus vorgesehen sind,

### wird die Todesstrafe eingeführt.

Die Ausführung dieser Verordnung wird außerordentlichen Kriegsgerichten überlassen. Außerdem werden für einzelne Delikte sogenannte Standgerichte eingesetzt. Gebildet werden sie durch den Befehlshaber, der mit der Bekämpfung der Unruhen betrauten Truppe. Das Recht der Verurteilung wird den Angehörigen verweigert. Das Ungehörliche aber ist die Bestimmung, daß das Urteil nur auf Todesstrafe lauten kann. In dieser Verordnung ist nicht mehr und nicht weniger als alles ungesetzlich. Als wir die Verfassung beraten haben, hat niemand von uns auch nur entfernt damit gerechnet, daß die Maßnahmen im Sinne des Artikels 48 etwas anderes seien als äußerliche Anordnungen zur Wiederherstellung der gebotenen Sicherheit. Die zivilen Sicherheitsorgane sollten die Ordnung wiederherstellen und nur, wo sie nicht dazu ausreichten, sollte Militär hinzugezogen werden. Auch die anderen Bestimmungen geben keinen Anlaß, dem Reichspräsidenten zu gestatten, sich über das Befehlsgewalt des Reichstags hinwegzusetzen. Hier aber überträgt der Reichspräsident sein Verordnungsrecht dem Reichswehrminister, ihn überläßt er es, die Strafverurteilung außer Kraft zu setzen und Urteile anzubefehlen, die nur auf Todesstrafe lauten können. Welches Bild von Recht und Gerechtigkeit haben die Verantwortlichen über diese Verordnung sich gemacht?

Wenn man sich nach der Notwendigkeit einer solchen Verordnung fragt, so kommt man unwillkürlich auf den Prozeß Marloff.

### weiter nichts wie eine Ex Marloff.

Es soll für alle künftigen Fälle die Legalisierung jedes Wortes herbeigeführt werden. Die Gewalttat Marloff wird nicht dazu benützt, um die Gelegenheiten zu Gewalttaten zu beseitigen, sondern um die Gewalttaten zu legalisieren. Der scheußliche Einbruch, den solche Verordnungen auf jeden Menschen von ursprünglichem Rechtsgelühl machen müssen, wird noch verstärkt, wenn man sieht, wie die Gewalttaten der Leute bestraft werden, die sich als Inhaber der wahren nationalitätlichen Gesinnung betätigen. Der zwanzigjährige Herr v. Hirschfeld, der einen Mordversuch unternimmt, kommt mit einer gelinden Gefängnisstrafe davon. Von Marloff habe ich schon gesprochen. Denken Sie an Hiller, an den Jäger Runge, an den letzten Fall der Störung einer Versammlung, die Herr v. Gerlach abgehalten hat. Herr Raede hat sich sofort bereit erklärt, den Marloff zu verurteilen, die Verurteilung zu Unrecht der Versammlungsbildung beschuldigen. Hier handelt es sich ja nicht um Arbeiter, sonst wären sie im Bezirk Düsseldorf durch ein Standgericht längst hingerichtet worden.

Welchen Geschäften werden durch diese Verordnungen bestraft? Die Unternehmer im Industriebezirk demühen jede Gelegenheit, um die Vertrauensmänner der Bergarbeiter zu mahnen. Sie werden darin durch die Regierungsmassnahmen unterstützt. Der schlechte Zustand der Bergwerke ist auf den Raubbau während des Krieges zurückzuführen. Die Bergwerken verlangen unangenehm hohe Preise für die Verarbeiten. Dagegen lehnen sie sich gegen die Forderungen der Arbeiter ab, sie werden sich beständig gegen den gelindesten Versuch einer Mitbestimmung des Reichs.

### Der alte Standpunkt der Herren im Ganzen,

der durch die Verordnungen der Regierung unterstützt wird. Diese Sozialdemokraten in der Regierung fassen gar nicht, daß sie in Freiheit nur die Geschäfte des Grundkapitals besorgen. Vor einem Jahre wurde auf Blättern verkündet, daß die Sozialisierung da sei. In Wirklichkeit haben die Bergarbeiter Belagerungszustand, Schutzhaft und Presseverbot bekommen. Systematisch wird die Macht der Arbeiter untergraben und die Macht des Grundkapitals gestärkt. Nicht genug damit, werden durch die Maßnahmen der Regierung benützt, um den Arbeitstag wieder zu verachten.

Was werden die Folgen einer solchen Politik sein? Glaubt man damit die Arbeitswilligkeit heben zu können? Nein. Eine tief fressende Verbitterung wird die Folge sein, die sich schließlich einmal Luft machen wird. Aber trotz solcher Verordnungen wird die Idee des Klassenkampfes zu politischen Wenden nicht getrieben, sie wird gefördert durch diese Gewaltpolitik. Die alte Politik hat gelebt von Anbetung der Gewalt, die neue Politik lebt ebenfalls von der Anbetung der Gewalt. Sie irren sich, daß das Ziel, die Produktion zu heben, das Volk wiederherzustellen, mit solchen Mitteln erreicht werden könnte. Sie werden dieses Ziel nur erreichen können, wenn endlich der Geist der Gewaltanwendung und der Gewaltanwendung durch einen wahrhaften Geist des Sozialismus und der Solidarität ersetzt wird. Nehmt endlich bei der Regierung der Geist des Sozialismus ein, dann werden wir nicht genötigt sein, solche Debatten hier zu führen. (Weh, Wehfall bei den U. Soz.)

# Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

Unter der Türe der verwehrten Hütte zeigte sich die schlanke, hagere Gestalt eines alten Weibes. Nichts als die blühenden, grauen Augen hatte die Alte mit dem Kinde gemein.

„Komm' h'rein essen.“

„Essen?“ fragte die Kleine gedehnt. „Wieder ein Schmalzbrat?“

„Sei du froh, wenn wir Schmalz darauf haben, es schmeckt doch weniger darr, wie trocken.“

Gähnend trat das Kind in die Stube, klopfte oberhalb den Mund und zog die Nase kraus vor der moderigen Bräute, die in dem engen Raume gärte und ihn noch unfreundlicher machte, als er es in seiner Unwohllichkeit ohnehin schon war.

„Die Meebinderin ärgert's wohl arsch“, sagte die Alte.

„Dah' dir ihr Maderl nachschleicht?“

„Kann ja sein“, antwortete die Kleine, indem sie den Kopf zurückwarf und die Schultern hob, als wollte sie andeuten, der große Kerger der Meebinderin sei ihr ganz gleichgültig.

„Du jagst a bissel früh an“, fuhr die Alte mit gutmütigem Spotte fort, „dir jagen zu lassen, daß du schön bist.“

„Dah' hab' ich nit' rufen und kein' Anlaß zur Red' geben.“ entgegnete schnippisch das Mädchen, nahm mit unwilliger Gebärde das dargebotene, mit trübendem Fett beschmierte Brot an sich und ging zur Stütze hinaus. An großen, harten Broden kauend, stand sie dort und sah nach dem Sternsteinhof hinaus, der dort oben lag wie ein Schloss.

Alle Mädchen, von denen sie gehört oder gelesen hatte, vermählten sich in ihrem Kinderkopfe.

Da war einmal eine blutjunge, bettelarme Dirne, wohl war sie hübscher, aber das merkte ihr niemand an, denn sie hatte nur schlechte Kleider, und mit denen lag sie nachts in der Herdofe; der war es ausgedehnt, auf einer wühenden Wühlkammer über ein Wasser zu schreiten, einen gläsernen Berg hinaufzuklettern und in dem Schlosse dort oben einem bösen, alten Weibe, das den Schlüsselbund nicht

ausfolgen wollte, den Kopf zwischen Deckel und Rand einer eisernen Truhe abzuschneiden, dann aber war das Schloss entzauert, gehörte mit allem Hab und Gut innen und allem Grund und Boden auch der armen Dirne, die nun bis an das Ende ihrer Tage herrlich und in Freuden lebte.

Wahrhaftig, die kleine Rinschhofer Helene war ein weltkluges, entschlossenes Kind. Sie schätzte ganz richtig, daß viel Anstrengung, Mühsal und Wein auf dem Wege nach solch' einem verzauberten Schlosse liegen müsse, auf die Hülfsleistung gütiger Feen machte sie sich keine Rechnung. „Können Prinzen“ schienen ihr kein dringliches Erfordernis, und „alte Weiber“ mochten sich vorknehen.

## II.

Helene erfüllte die Vorhersehungen des Meebinder Maderl. Na, sie übertraf, wie er sich selbst aetochen mußte, seine Erwartungen. Freilich, einige Zeit war darüber vergangen, aber wer fragte nach, wo die Hingekommen? Der Maderl wenigstens tat es nicht, denn war sie kurzweilig genug aetdovnden, was sie aetdracht hatte, war gut, was sie noch bringen konnte, wird besser sein, und dem sah er freudig und geduldig entgegen.

Er verstand sich jetzt auf's Vollkommenen, er erhielt seine Mutter und kam für das ganze Hausweien auf. Das erste, was er vornahm, als er keine Hand sicher fühlte, war kein leichtes Stück und brauchte guten Mut und Selbstvertrauen; ein ganzes „Arztel“ stellte er fertig, die heilige Kommode im Stalle zu Weibsthem, Deckstein und Fiel fehlten nicht, nur die Girten ließ er weg, an deren Stelle dachte er sich eben die fromme Gemeinde von Rinschbühel, denn die war ja da, um anzubeten, und darum schmeckte er keine hölzernen Andacht hinzu. Der Pfarrer stellte, versprochenemachen, das Bildwerk in der Kirche auf, da er es aber doch nicht für ein Kunstwerk halten mochte, auf dessen Besitz man gegen einen unerschreitenden Touristen, oder sei es auch nur gegen einen Kontrakt, stolz tun konnte, so beklagte er, es der Gedankensrichtung seiner Pfarrkinder näherzubringen und ließ von einem durchreisenden Künstler, der sich Klächenmaler nannte, weil er Fensterläden, Türbalken und Haustore behandelte, die Figuren mit kreisenden Delfarben anstreichen.

Die Gemeinde fand das über alle Maßen schön und einige verfehlte allein der Geruch des frischen Anstriches in eine ordentliche Stimmung. Als Maderl sein Werk mit Farbe überdeckt fand, geriet er in eine sehr geteilte Stimmung. Die Farbe, ja die Farbe macht sich ganz gut, es schaut das Ganze wie lebendig her, und der Pfarrer mochte wohl recht haben, als er sie dazutun ließ, aber Fleisch, Gewand und Haare waren immer ein Meck, und da glänzte es an Stellen, wo es nicht gehörig war. Maderl sah mit Befremden, wie manche Falte, die er geknitten hatte, unehöfliche Budele machte, und wieder, wie eine andere vom Leibe abstand, wo sie sich schmiegen sollte; womit er es versehen hatte, das trat nun auffällig hervor; dagegen verschwand die Gesichtszüge seiner Heiligen, von denen er überzeugt war, sie wären ihm aufs beste geroten, ganz unter einem dicht aufgetragenen Anstrich. Wahre Puppenköpfe hatten sie auf den Schultern sitzen. Wühllich entfiel er sich des kleinen, hölzernen, bunten Türken, der über dem Krämerladen als Zeichen des Tabakvertriebes angebracht war.

„Der Himmelberggott'sackermenter!“ murmelte er ziemlich laut, „hat mir's Ganze verschänd'et.“ Erschröden fuhr er zusammen und befreuzte sich.

Das war aber doch nicht recht vom hochwürdigen Herrn, daß er einen solchen hat über die Sach' lassen! Sitt' er nit' dazu ein' andern finden können? War es nit' ganz unaufrichtig, daß er überhaupt gar nit' hat verlauten lassen, daß eine Farbe dazu soll, und daß er sie darauf haben will? Die Farb' mag der Maderl nit' verdeden, sie mag ja 'm Messer nachhaken, aber deden darf sie nicht, was das gut gemacht. Wer aber soll das machen? Wer kann sich wohl besser dazu anschiden als der, dem's selbe Schindwerk von der Hand gangen ist? Das lernen, wird keine Geperet sein, und der Maderl will's erlernen.

Er erlernte es. Bald wunderte sich das ganze Dorf über die bunten Holzstatuetten, die er zwischen den Fenstern zur Schau stellte, kein Heiliger des Kalenders brachte ihn in Verlegenheit, denn da er mit der himmlischen Familie fertig geworden, wird er doch Aposteln, Rothelfern, Märtyrern, heiligen Frauen und Jungfrauen beizufommen wissen.

(Fortsetzung folgt.)

Reichsjustizminister Schiffer: Dr. Cohn legt die Verfassung fass aus. Nach der Verfassung ist der Reichspräsident berechtigt, alle zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nötigen Maßnahmen ohne jede Beschränkung anzuwenden. (Sehr richtig!) Die Regierung der Demokratie muß fort sein und muß von ihren Machtmitteln den Gebrauch machen, für den sie bestimmt sind. (Beifall bei der Mehrheit.)

Reichswehrminister Roske: Anfangs Januar waren in verschiedenen Teilen des Reiches wilde Straßenkämpfe ausgebrochen. Die Nahrungsmittelzufuhr sogar wurde unterbrochen. Nun sollte ein Zustand der Bergarbeiter hinzukommen und ein weiteres tun. Die Führer der Bergarbeiter waren machtlos. Die vernünftigen Arbeiter wurden niedergeschrien und rassistischen Leben und Gesundheit. (Hört! Hört!) Die Regierung konnte nicht untätig bleiben, als abermals versucht wurde, das Reich zu gründen zu richten. Deshalb wurde der Ausnahmezustand verhängt, um kräftig zupacken zu können, wenn das Ganze gefährdet würde. Der Versuch, unter lägenhafter Ausnutzung der Vorgänge vor dem Reichstage einen politischen Generalstreik herbeizuführen, mußte vereitelt werden. (Sehr richtig!) Das Verbot eines Teiles der unabhängigen und kommunistischen Presse und die vorgenommene Verhaftungen waren notwendig zur Abwehr ernstlicher Gefahren. (Beifall.) Die Form einiger Verfügungen gebe ich allerdings rückhaltlos preis. Die Petitionen verbote ich nicht befristet. Eine Verordnung über das Besondereverfahren steht bevor. Für das, was geschieht, übernehme ich die Verantwortung. Die Verordnung trifft nur Personen, die mit Waffengewalt oder im Zusammenwirken mit Bewaffneten schwere Straftaten begehen. Mit keinem Wort ist darin von den Bergarbeitern die Rede. Die Vollstreckung des Urteils ist gebunden an die Entscheidung des höheren Militärbehörden. Die Behauptung, die Bergarbeiter wären jetzt standgerichtlich unterstellt, um zu erhöhter Arbeitsleistung gezwungen zu werden, ist eine bewusste Täuschung. Standgerichte sind überhaupt nicht eingesetzt worden. Kein Todesurteil ist verhängt worden. Die bloße Androhung scharfer Maßnahmen hat genügt. (Beifall.) Für die Bevölkerung ist die Verordnung eine Wohltat. Ein pauc Tausend Karren und Verbrecher haben das Ruhrgebiet unter Schloß gesetzt. Während ihrer Herrschaft in Düsseldorf haben die Unabhängigen ganz munter mit dem Besatzungsstand registriert, haben Standgerichte eingesetzt und waren durchaus nicht zimperlich bei der Androhung von Todesstrafen. Ohne vermehrte Kohlenförderung kommen wir aus der Verarmung nicht heraus. Wo die Veraberren sich unermüht zeigen, wird die Regierung ebenfalls scharf zupacken. Solange die unabhängige Presse jeden Versuch der Regierung auf vermehrte Erzeugung verdächtigt und herabsetzt, kommen wir nicht zu ernstlichen Ergebnissen. (Sehr richtig!) Diesem Treiben entgegenzuwirken ist der Zweck des Besatzungsstandes. Und zu diesem Zweck wird er bestehen bleiben. (Beifall.) Soweit sich die Verordnung auf die Standgerichte bezieht, wird sie aufgehoben werden, sobald Ruhe herrscht. Die meisten Verhaftungen sind schon rückgängig gemacht worden.

Hg. Laube (Soz.): Meine Freunde haben dem Art. 58 der Verfassung zugestimmt. Sie erblickten darin eine Waffe der demokratischen Republik und ihrer Bürger gegen gewalttätige Angriffe. Daß diese Waffe nötig ist, hatten die politischen Ereignisse einige Monate vor Schaffung der Verfassung dargelegt. Daß sie heute noch nötig ist, lehnen unter anderem die umfangreichen Waffensunde aus den Gütern monarchistischer Partikulier. (Hört, hört!) Was die Verordnung vom 15. Januar 1920 betrifft, so haben auch bei uns zunächst starke verfassungswidrliche Bedenken obgewaltet, und wir waren zweifelhaft, ob sie mit den Bestimmungen der Verfassung in Einklang zu bringen ist. Aber die Protokolle der Verhandlungen der Nationalversammlung über den Art. 48 erweisen, daß Anhänger und Gegner diese Bestimmungen in derselben Weise ausgelegt haben, wie es jetzt von der Regierung geschieht. Wir sprechen aber bei dieser Gelegenheit den dringenden Wunsch aus, daß das in der Verfassung vorgesehene Reichsgesetz, das die Befugnisse des Reichspräsidenten genau umgrenzt, bald erlassen, und daß das Gesetz auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit noch in dieser Session eingebracht wird.

Hg. Dr. Spahn (Fr.): Wir lehnen die Anträge der Unabhängigen Sozialdemokratie ab.

Hg. Vesteren (Dem.): Wir halten die Verordnung für gesetzlich zulässig und tatsächlich geboten. Es gibt keine Staatsform, der man solche Machtmittel so unbedenklich anvertrauen kann, wie die demokratische.

### Hg. Henke (U. Soz.):

Aus den Ausführungen der Demokraten und der anderen Redner kann man erkennen, daß diese Demokratie ohne Gewaltmittel nicht auskommen kann. Solange der kapitalistische Staat noch besteht, kann er die Gewaltanwendung gegen die Arbeiterklasse nicht unterlassen. Wenn sich die Verteidiger der Verordnungen auf die Verfassung berufen, so beweisen sie der Arbeiterklasse aufs deutlichste den reaktionären, hakenhaften Charakter dieser Verfassung. Was wir jetzt erleben, ist eine Diktatur der Minderheit, denn die sogenannten Mehrheitsparteien wissen ganz genau, daß sie in Wirklichkeit gar nicht mehr die Mehrheit des Volkes hinter sich haben. Darum erklärt es sich, daß der Ton, den wir heute gehört haben, ein anderer gewesen ist, als er sonst gegen uns angeschlagen wurde. Auch Herr Roske hat sich genötigt gesehen, etwas gemäßigter aufzutreten. Aber gewiss ist er doch noch in den alten Ton verfallen und er hat es nicht unterlassen können, uns der Witscholl an den wahnwahnigen Verbrechen zu beizubringen. So zeigt es sich auch heute wieder, daß die Rechtssozialisten und ihre Vertreter in der Regierung weiter nichts sind als die Handlanger der kapitalistischen Gesellschaft. Die Ober, Pauer, Roske stehen im Dienste des Kapitals, wir sind stolz darauf, im Dienste der Arbeiter zu stehen. Herr Roske hat behauptet, daß die Verordnungen nur die Bevölkerung vor Plünderern und Mördern schützen sollen. Darum wird dann die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie verboten, warum werden die Führer der Arbeiterklasse in Schandhaft gesetzt? Herr Roske hat heute Anabolströmen über die durch den Karol-Brosch entfallenen Greuelthaten verfallen. Seine Behauptung, daß er davon erschüttert worden sei, steht im Widerspruch mit der Wahrheit. Herr Klotz, der früherer Kommandant von Berlin, hat bezeugt, daß Herr Roske bei der Entgegennahme des Gerüchts über die Ermordung der Matrosen in der Französischen Straße höchst gleichgültig gewesen ist. Damals haben Sie, Herr Roske, Ihr wahres Gesicht gezeigt. Heute haben Sie sich eine Maske vorgebunden. Wenn die Arbeiter erst die Wirkung der Verordnungen am eigenen Leibe verspüren, dann werden sie unseren Kampf gegen Sie vertiefen und sich zu einer einzigen revolutionären Partei zusammenschließen. Die Arbeiter aller Parteien werden zu dem Erkenntnis kommen, daß das Proletariat die politische Macht erobern muß, um die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise zu bewerkstelligen. Unsere Aufklärungsarbeit wird uns durch die Maßnahmen der Regierung noch leichter gemacht als bisher. Wir brauchen nur die Reden der Herren Schiffer und Roske abdrucken und die Verordnungen dazu, dann wird es dem dämlichsten Arbeiter klar werden, was er von dieser Notierung zu halten hat. Die Klassenpolitik der letzten Monate zeigt, daß die gemäßigten Töne, die heute angeschlagen werden, nur blauer Dunst sind. Eine Regierung, die keine anderen Mittel zur Hebung der Produktion kennt als die Mittel der Gewalt, ist in Wirklichkeit eine Regierung des Vandalismus. Die Regierung mag noch so harte Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse treffen, die Entwidlung ist mit uns im Grunde, sie wird dem Proletariat zum Triumph über die Reaktion verhelfen. (Beifall bei den U. Soz.)

Die Anträge werden gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgt die zweite Lesung des Kapitalertragssteuergesetzes. Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache mit unwesentlichen Änderungen angenommen.

Das Haus verläßt sich, Donnerstag 1 Uhr: Ergänzung des Gesetzes über Kriegsvorgänge, Landessteuergesetz. — Schluß 6 Uhr

## Preussische Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung wurde zunächst Kleinkram aufgearbeitet. Der Mittelstandsreiter Hammer (D. Rat.) hielt es wieder einmal für erforderlich, sich bei dem A. einhändig und Handwerk in empfehlende Erinnerung zu bringen, indem er forderte, diese Erwerbszweige müßten besser im Reichswirtschaftsrat vertreten sein.

Genosse Wenzel-Halle kennzeichnete den auch von den anderen Parteien mitgemachten Weitaufmarsch um die Gunst bestimmter Wählergruppen. Er legte dann dar, daß der Reichswirtschaftsrat in keiner Weise dem von uns geforderten Räteystem entspricht, und wandte sich insbesondere gegen das Ueberwiegen agrarischer Interessenträger. Die Mehrheit stimmte dem Antrage zu.

Weiterhin bildet der Solinger Generalkreis den Gegenstand einer längeren Auseinandersetzung. Der Demokrat Janßen sprach viel von „milbem“ Streik, von „Terror der wilden Streikleitung“ und ähnlichen gräßlichen Dingen. Mit der tiefsten Empörung wandte er sich insbesondere dagegen, daß die unabhängige Mehrheit der dortigen Stadtparlamente öffentliche Mittel aufgewandt habe, um die „wild“ Streikenden in Volkshäusern zu speisen. In seiner Anfrage behauptete er, die Portion koste der Stadt 3,50 M., er mußte aber selbst einräumen, daß er doch zu viel aufgetragen hatte, aber „immerhin“ stelle sich der Preis auf 80 Pf. Das Bürgerium werde mit Steuererweiterung (Schau, Schau) auf veraltete mißbräuchliche Verwendung öffentlicher Gemeindegeldern antworten.

Herr Göhr als Regierungsvertreter besaß sich, als Unternehmern zu erklären: Der Staatsregierung ist bekannt, daß öffentliche Mittel zur Einrichtung von Volkshäusern anlässlich von wilden Streiks verwendet worden sind. Dieser Beschluß ist politischer Natur. Die Staatsregierung ist daher unter keinen Umständen gewillt, dieses Treiben zu unterstützen, denn es sei ein Mißbrauch öffentlicher Mittel zu politischen Zwecken. Sie habe den Staatskommissar angewiesen, die erforderlichen Schritte zu unternehmen und wenn nötig mit den gebotenen Mitteln einzugreifen. (Große Befriedigung rechts.) Von unserer Seite antwortete Genosse Vesteren: Der Kollege Janßen und die Regierung haben offensichtlich ihre Information bei den Unternehmern eingeholt. In Wahrheit haben die Arbeiter mehrfach eine Verhandlung über die dringende erforderliche Lohnaufbesserung herbeizuführen versucht. Sie sind jedoch stets abgewiesen worden. Erst dann sind die 1800 Schlägerarbeiter in den Streik eingetreten unter Leitung ihrer Organisation. Da die Unternehmer nun mit einer Aussperrung von 32000 Industriearbeitern vorgehen, antwortete die Arbeiterklasse mit dem Generalstreik. Seit unter Leitung ihrer Organisation, sogar die christlichen. Von „wildem“ Streik kann also in keiner Weise geredet werden. Die Stadtverwaltung hat nun die Volkshäuser wiedereröffnet, damit die durch die Aussperrung in größte Not geratenen Arbeiter billig gespeist werden können. Wie da von Mißbrauch öffentlicher Mittel zu politischen Zwecken gesprochen werden kann, ist ganz unersichtlich.

Der Trostung mit Roske sehen wir mit Gleichmut entgegen, denn zum Glück hat er bei uns nichts zu sagen. (Beif. Zustimmung bei den U. Soz.)

Die nachfolgenden Redner verurteilten die Darstellung unserer Genossen nicht zu erschüttern.

Anlässlich der Aussprache über die Kollage der Presse infolge hoher Holzpreise ergriß Genosse Wehrhof das Wort und führte aus:

Die unabhängige Presse befindet sich in der größten Kollage, da sie fast vollständig unterdrückt ist. In der freiesten Demokratie der Welt wird die Pressefreiheit für eine bestimmte Partei mit Füßen getreten. Dadurch werden die Zeitungen, die von Arbeitergrößen gegründet und aufrechterhalten, in schwerster Weise geschädigt und damit zugleich der breiten Masse schwerer Schaden zugefügt. Arbeiterblätter, wie die „Erfurter Tribüne“, die mehr als 30 Jahre bestehen, werden verboten und immer wieder verboten, um sie wirtschaftlich zu ruinieren.

Prof. Veinert: Die Kollage der Presse infolge hoher Holzpreise steht auf der Tagesordnung und nicht die Diktatur Roske, Heine.

Genosse Wehrhof: Viele der Zeitungen der Unabh. Soz. Partei sind seit mehr als vier Wochen verboten.

Prof. Veinert: Ich bitte dringend, zur Sache zu sprechen.

Wehrhof: Es ist hier von der Kollage der Presse und ihrer Ursache die Rede, Sie scheinen aber die Wahrheit nicht hören zu wollen. Wenn das Ihre Demokratie ist, dann verzichte ich auf weitere Ausführungen.

Nach weiteren Erörterungen wurde auf heute vertagt.

Der Rechtsausschuß der Preussischen Landesversammlung beriet in mehrstündiger Debatte die vom Hause zurückgewiesene Verordnung über die Kirchenaustrittsgesetzgebung. Es lagen zwei Anträge vor, von denen der demokratische die Erklärung des Kirchenaustritts vor dem Geistlichen und das Giltigwerden erst nach Ablauf von vierwöchigen Bedenkfrist wünschte, während der rechtssozialistische Antrag lediglich die kirchliche Steuerpflicht und sonstige bürgerlich rechtlichen Wirkungen als die Angelegenheiten festlegen wollte, über die Erklärungen ohne Bedenkfrist beim Amtsgericht abgegeben werden könnten. Der Ausschuss erwiderte in der allgemeinen Aussprache zunächst die beiden grundlegenden Fragen: Gehtlicher oder Amtsgericht und; Gewissensfreiheit oder nicht. In dem ersten Punkt entschied eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und Zentrum gegen die übrigen Parteien für das Amtsgericht, während die vierwöchentliche Bedenkfrist gegen die Stimmen der Rechtssozialisten und Unabhängigen grundsätzlich wieder festgelegt wurde.

## Aus der Partei.

### Badischer Parteitag.

Genossin Luise Biez verband folgende Verächtigung zum Bericht über den Parteitag unserer badischen Genossen:

Soweit über die „Internationale“ berichtet wird, ist nur richtig, daß die Beschlüsse des Leipziger Parteitages bestätigt wurden. Richtig ist jedoch, wenn es weiter heißt: Ein Antrag, der den sofortigen Anschluß an die Moskauer Internationale forderte, wurde abgelehnt, um die schwebenden Verhandlungen nicht zu erschweren. Beiläufig Der Antrag wurde abgelehnt, weil er in Widerspruch steht mit den Beschlüssen von Leipzig.

Ein Landesparteitag kann nicht die Beschlüsse eines Reichsparteitages außer Kraft setzen.

Bei der übergroßen Mehrheit des badischen Parteitages besteht übrigens auch garnicht die Absicht, die Leipziger Beschlüsse irgendwie zu revidieren.

## Betriebsräte.

### Heble Auslegungskünste.

Genosse Pfaffen schläger schreibt uns: Ueber die Auslegung des Paragraphen 20 Abs. 11 des Betriebsrätegesetzes, betreffen nach große Unstimmigkeiten. Verschiedene Unternehmer der Metallindustrie versuchen den Sinn dieses Paragraphen so aufzulösen, daß sie denen, die infolge des letzten Metallarbeiterstreiks entlassen sind (und das sind nicht wenige) und nach dem 11. November 1919 bzw. 15. Dezember 1919 wieder eingestellt sind, das Recht der Wählbarkeit abstreichen wollen. Wenn das richtig wäre, kämen dann nur als Betriebsräte Streikbrecher in Frage und die, die auf Verlangen der Unternehmer durch Volkstakt ihr Einverständnis zum freiwilligen Ausgehen erklärt haben. — Es wäre dieses eine eigenartige Arbeitervertretung, die allerdings den geheimen Wünschen und Erwartungen der Unternehmer entspräche. Dieser Auslegung steht ein doch wohl nicht ganz nebensächlicher Beschluß des Hauptausschusses der Erwerbslosenfürsorge der Stadt Berlin gegenüber, der im Abs. II (bergl. Mitteilungen der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin, Heft 13, Jahrgang 1919) folgendes sagt:

Wenn die Arbeitgeber einer Branche bei einem gewerkschaftlich organisierten Streik der Arbeitnehmer als Gegenmaßregel die Aussperrung sämtlicher Arbeitnehmer verhängen, so erhalten die ausgesperrten keine Erwerbslosenunterstützung, weil sie nicht als entlassene anzusehen sind, das Arbeitsverhältnis vielmehr fortbesteht.

Der Paragraph 20 des Betriebsrätegesetzes, Abs. II, aber sagt: Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten reichsangehörigen Wahlberechtigten, die nicht mehr in Berufsausbildung sind und am Wahltag mindestens 6 Monate dem Betrieb oder dem Unternehmen sowie mindestens 3 Jahre dem Erwerbsloos oder dem Berufszweig angehören, in dem sie tätig sind.

Wenn man die durch Sperrdruck hervorgehobenen Worte im Zusammenhang bringt, so ergibt sich der klare Satz, was für die Erwerbslosenfürsorge recht ist, muß für die Wahl der Betriebsräte billig sein. Wäre die Unterbrechung der Arbeit durch Streik oder Aussperrung nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, wenn es gilt, den Arbeitern Erwerbsloosunterstützung zu zahlen, dann darf sie auch nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen werden, wenn die Arbeiter Rechte fordern, obwohl auch für Unternehmer und Behörden der Grundsatze Geltung hat, daß Nachkommen (bzw. Weibchen) selbiger als Geben, wenn es sich um Rechte und Forderungen der Arbeiterschaft handelt.

Dazu kommt, daß in dem Paragraphen 20 des Gesetzes nicht gesagt wird, daß ein Arbeiter oder Angestellter dem Betrieb 6 Monate ununterbrochen angehören muß, um das Wahlrecht zu erwerben. Man müßte solche Gesetze, die den Sinn dieser Unterbrechungsauslegung in den Paragraphen hineinlegen wollten, der unbestimmtesten Reichsgerichtszeit geben, wenn sie das Wort „ununterbrochen“ aus Versehen fortließen. Da das Wort sicher mit Absicht fortgelassen wurde, ist die Auslegung der Unternehmer zweifellos falsch.

### Buchdrucker und Betriebsrätegesetz.

Den Buchdruckern die Wille verüben wollte man in 11 Bezirksversammlungen des Gaues Berlin, indem man mit Hilfe von S. P. D.-Referenten den Wechselholg von Betriebsräte-Gesetz gegen die Kritik der kassendebewussten Buchdrucker lobte und verteidigte. — Im Bezirk 4 (Osten) hatte man sich dazu den Reichstagsarbeiter Busch aufgerufen, der den Buchdruckern des Ostens, die schon längst nicht mehr das als Evangelium nachbeten, was ihnen vom grünen Tische kommt, das Essen schmackhaft machen sollte. Busch bewirkte durch seine 24stündige Rede das Gegenteil von dem, was uns in der heutigen Zeit nottut: es war ein einziges wüdes Geschimpfe über die dreimal verfluchten Radikalen, trotzdem ein Mann wie er schon erledigt sein müßte, durch den bekannten Ausspruch, daß er sich die Zeit von 1914 zurückwünsche. Die Dammen werden nicht alle, die solchen Reden noch blindlings vertonen. Atemlose Stille, nur unterbrochen von einigem Redern der Buchdruckerleuchte Ruffial, herrschte, als der Referent geizte, wie dieses Gesetz dazu beitragen sei, dem Proletariat den Fuß in den Nacken zu legen. Buschs Rede fiel in Nichts zusammen. Am 1/12 1920 wurde die Versammlung vertagt. Die Versammlung findet am Montag, den 8. März, ihre Fortsetzung im Wärsaal des Zentralbüros, Eidenaxer Straße.

Im Nordostbezirk konnte der rechtssozialistische Vorsitzende Zwirner nur durch eine unerhört demagogische Vergeßlichkeit der Geschäftsordnung ein oppositionelles Votum verhindern und die Wirkung unerbittlicher Kritik des Betriebsrätegesetzes seitens der Opposition äußerlich verfeinern. Entsgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes und entgegen den Ausführungen unserer Redner führte der rechtssozialistische Referent auch eine Prüfung der Unterlagen der Bilanz auf Grund des Gesetzes möglich sei. Als einer der beteiligten Kollegen dies in einer persönlichen Bemerkung richtig stellen wollte, erteilte ihm Zwirner nicht mehr das Wort, weder vor noch nach der Abstimmung, obwohl er selbst in persönlicher Unterhaltung die Unwissenheit des Referenten bezüglich des Gesetzes zugeben mußte.

Die Abstimmung über die Resolution war zweifelhaft. Zwirner legte sie zu seinen Gunsten aus, trotzdem er in der voraufgehenden Versammlung in einer ähnlichen Lage durch die durchgeführte Aussperrung Lügen gestraft worden war. Nach der Abstimmung schloß er, gegen Proteste laut, in wilder Eile die Versammlung.

Im Buchdruckerverband erfreuen sich solche Methoden neuerdings einer gewissen Beliebtheit. Sie beweisen, daß man sich am Ende des Latens süßt und nur durch Gewaltmittel und allerlei Mächten den Zusammenbruch vor der Öffentlichkeit verbergen zu können glaubt.

Am 2. Bezirk, Norden, hatte man sich eine große Bombe verschrieben, nämlich den Herrn Prolat, der die Aufgabe hatte, daß von seinen Parteigenossen im Verein mit den Bürgerlichen herausgedrückte Betriebsrätegesetz zu verabschieden, bzw. den kammtrommen Buchdruckern schmackhaft zu machen. Er sprach in den ersten 1 1/2 Stunden alles mögliche über das Gesetz, immer wieder betonend, daß wir unendlich noch nichts Besseres bekommen könnten. Die paar Getreuen verurteilten ihn auch Beifall zu sollen, nachdem die aufgeregten Buchdrucker schon während des Referats ihren Unwillen gegen das Gesetz durch Zwischenrufe kundgegeben hatten. Als unser Redner dann in der Diskussion auf die Mängel des Gesetzes aufmerksam machte und die Kollegen aufforderte bei der Wahl wachsam zu sein, lebte ihn reichlicher Beifall. Als der Referent in seinem Schlußwort über alles mögliche sprach, wurde die Erregung der kassendebewussten Buchdrucker recht lebhaft.

Der Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe stellt mit Bezug auf den Versammlungsbericht des Graphischen Parteitags in der „Freiheit“ Nr. 62 fest, daß die Vermählung Bahnsack Berlin in der am Mittwoch, den 26. Februar, stattgefunden hat.

fürdnen Sitzung gegen drei Stimmen beschloffen hat, bei den Reichstagswahlen den Kollegen zu empfehlen, für die Liste der freien Gewerkschaften einzutreten.

## Gewerkschaftliches.

### Brandstiftung der Handlungsgehilfen.

Einen „gewerkschaftlichen Kampfschlag“, einen „20 Millionen-Schlag“ will der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband aus seinen Mitgliedern herauskochen. Er verlangt von den Mitgliedern die Zahlung eines einmaligen Sonderbeitrages von einhundert Mark. Da er aber offenbar befürchtet, daß die Mitglieder freiwillig diesen Betrag nicht bezahlen, legt er ihnen eine Verpflichtungsscheine zur Unterschrift vor, wodurch sie sich verpflichten müssen, die 100 Mark in Raten von mindestens 10 Mk. einzuzahlen.

Wer diesen Verpflichtungsschein unterschreibt, wird erst zu spät bemerken, daß es dem extremen D. N. V. weniger darum zu tun ist, einen „20 Millionen-Schlag“ zu sammeln als die Handlungsgehilfen an sich zu fesseln. In der Verpflichtung auf Zahlung der Beiträge auch nach Ausscheiden aus dem D. N. V. kommt dann noch die Verpflichtung auf Zahlung der 100 Mk. für den Kampfschlag. Durch die Unterscheidung des Verpflichtungsscheines durch jedes einzelne Mitglied will sich der D. N. V. die Möglichkeit schaffen, den Betrag von 100 Mk. gegen jedes Mitglied gerichtlich einzulagern. Nach den bisherigen Erfahrungen wird er das auch tatsächlich tun.

Wer sich also nicht an den D. N. V. fesseln und, wenn er aus irgend einem Grunde aus ihm ausscheiden will, von ihm um 100 Mk. Brandstiftungen lassen will, wird gut tun, die Unterzeichnung des Verpflichtungsscheines zu unterlassen und dem D. N. V. die Beurteilung derartiger unlauterer Manöver dadurch zu erleichtern zu geben, daß er sich dem Zentralverband der Angeestellten anschließt. Dieser hat es nicht nötig, durch Unterzeichnung von Verpflichtungsscheinen und Anwendung von Zwangsmitteln die kaufmännischen Angestellten an sich zu fetten.

### Ein Erfolg des Verbandes der Angestellten.

Am 25. Februar hat sich die Firma Kubitz vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin mit ihrem Personal geeinigt und mit dem Zentralverband der Angestellten, der die Interessen dieser kaufmännischen Angestellten vertritt, einen Vergleich geschlossen.

Danach gilt der Tarif für die kaufmännischen Angestellten im Einzelhandel als ab 1. Oktober 1919 bei der Firma eingeführt und die tariflichen Gehälter sowie die vom Arbeitgeberverband im Einzelhandel gewährten Teuerungszulagen werden bezahlt, resp. nachgezahlt.

Die erreichten Gehaltssteigerungen betragen zum Teil 100 Prozent und mehr. Die Zulagen, die besonders qualifizierten Kräften versprochen wurden, werden außerdem an diese gezahlt. Alles in allem ein voller Erfolg, den die Angestellten nur erreichen konnten, weil sie sich vollständig im Zentralverband der Angestellten, der einzigen freien kaufmännischen Gewerkschaft, organisierten.

### Verheiratete Angestellte und die Teuerungszulagen.

In allen Verhandlungen der letzten Wochen und Monate haben die Arbeitgeber, namentlich die Berliner Metall-Industriellen, versucht, den Arbeitnehmervertretern klarzumachen, daß sie, d. h. die Arbeitgeber, für die verheirateten Angestellten ein ganz besonderes soziales Empfinden besitzen.

Dieses verstanden sie dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß man den verheirateten Angestellten eine, um ein kleines höhere Teuerungszulage zubilligte, als den unverheirateten Angestellten. Den Einwand, daß die Arbeitgeber bei einer Bevorzugung der Verheirateten sehr bald solche nicht mehr einstellen resp. zu erst zur Entlassung bringen würden, kann man nicht gelten.

Kun hat diese Auffassung der Organisationen, daß die bevorzugte Bezahlung letzten Endes zum Schaden der verheirateten Angestellten ausschlagen muß, durch einen prominenten Vertreter der Arbeitgeber der chemischen Industrie anlässlich einer Schlichtungsverhandlung unter dem Vorsitz eines unparteiischen Vorsitzenden, ihre Bestätigung gefunden. Derselbe führte nämlich folgendes aus: „Die Arbeitgeber werden eben keinen verheirateten Angestellten mehr einstellen, wenn eine besondere Bezahlung in Frage kommt.“

Durch einen so ehrlichen Arbeitgeber hoffen wir die verheirateten Angestellten warnen zu können und außerdem den Arbeitgebern zu beweisen, wie man in diesen Kreisen über die soziale Fürsorge denkt.

### Versammlung der Berufsgenossenschaftsangeestellten.

Die im Zentralverband organisierten Berufsgenossenschaftsangeestellten nahmen am Dienstag in Haverlands Pfählen ein Referat über das Betriebsrätegesetz entgegen. Der Referent Ministerialdirektor Franz Krüger sagte einleitend, daß das von den Vorkandidaten propagierte Sozialisierungsprogramm gegenwärtig nicht zu verwirklichen sei. Selbst der Bergbau sei heute noch nicht zur Sozialisierung reif. Nur Sozialisierung sei die wertvollste Wirtschaftlichkeit der Betriebe notwendig; diese werde erst eintreten, wenn die Produktion eine allgemeine Steigerung erfahre, was bis heute nicht der Fall ist. Krüger behauptete, die Unabhängigen hätten den Kapitalisten in die Hände gearbeitet, da sie bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes in der Eisenkommission nicht mitgewirkt haben. Die Auswirkungen dieser Haltung hätten sich in Berlin am 18. Januar gezeigt. Das Gesetz bringe den Angestellten und Arbeitern Rechte, die eorn-Gesetz später noch ausgebaut werden können. Vorläufig müsse aber zuerst erörtert werden, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu heben. Es sei deshalb Pflicht der Betriebsräte, ganz besonders das § 66 des Gesetzes zu beachten, der ihnen die Aufgabe zuteilt, die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für mögliche Wirtschaftlichkeit der Betriebsleitungen zu sorgen. Auch habe es Pflicht der Betriebsräte, den Betrieb vor „Erschütterungen“ zu bewahren. Der Redner betonte, daß er für das Verlangen der Arbeitgeber Verständnis habe, daß Betriebsversammlungen und Sitzungen des Betriebsrates außerhalb der Arbeitszeit abgehalten werden müssen. Es liegt nun an den zu wählenden Betriebsräten, zu beweisen, daß sie gewillt und fähig sind, wertvolle Mitarbeit an dem Wiederaufbau des zerrütteten deutschen Wirtschaftens zu leisten.

Die Versammlung beschränkte sich in der Diskussion auf Besprechung über die Auslegung einzelner Gesetzesbestimmungen.

Der Sektionsleiter Schönlein teilte mit, daß sich der Zentralverband der Angestellten an den Arbeitgeberverband Deutscher Berufsgenossenschaften zwecks Gewährung von Teuerungszulagen zu den bestehenden tariflichen Löhnen gewandt hat. Es haben in dieser Hinsicht Verhandlungen stattgefunden, deren Ergebnis als nicht befriedigend zu bezeichnen ist. Die Unternehmerorganisation hat sich beispielsweise bereit erklärt, Lohnsteigerung für ständige Angestellte den tariflichen Lohn um 100 Prozent, pro Monat zu erhöhen. Für die Ehefrau um 100 Prozent, für jedes Kind 50 Prozent monatlich zu zahlen. Dazu kommt ein Teuerungszuschlag von 30 Prozent. Die Zulagen für weibliche Angestellte werden 10 Prozent niedriger festgesetzt. Jugendliche von 15-18 Jahren sollen 25 Prozent, von 18-20 Jahren 50 Prozent der gewährten Erhöhungen erhalten.

Die Sektionsleitung konnte sich mit diesen Zugeständnissen nicht einverstanden erklären und schlägt vor, die Regelung der Teuerungszulagen dem Oberschiedsgericht zu überlegen. Die Versammlung schloß sich dem an mit der Maßgabe, daß der Sektionsleiter weitere Schritte vorbehalten bleiben, falls der Spruch des Oberschiedsgerichts kein befriedigendes Resultat zeitigen sollte.

### Streik in den Großbäckereien.

Die gestrige Urabstimmung über einen Streik in den Großbäckereien hat eine bedeutende Mehrheit für den Streik ergeben. Der Streik ist sofort in Kraft getreten. Die Streikenden werden in einer am Freitag nachmittag 3 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindenden Versammlung die weiteren Schritte beraten.

### Zum Streik in der Berliner Stroh- u. Damenhutindustrie.

In den hiesigen Tageszeitungen werden durch Inserate Gutmacher gesucht. Wir weisen darauf hin, daß der Streik weiter geht, indem die Forderungen noch nicht bewilligt sind.

Wir hoffen, daß das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und Arbeiterinnen weiter gewahrt bleibt und die Inserate unberücksichtigt bleiben. Wir bitten daher, den Zugang streng fernzuhalten. Die Streikleitung.

### Achtung! Steinseher und Berufsgenossen!

In der Sitzung der gesamten Vertrauensleute, Betriebsräte, Vorstandsmitglieder und Funktionäre am 3. März wurden folgende Beschlüsse einstimmig angenommen:

1. Daß sämtliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern die jetzt bestehende Lohnkommission unter Leitung von Kolb. Sibura zu führen hat, außerdem lehnten alle Funktionäre die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über Tarif und Lohnbedingungen ab.

2. Daß sämtliche Behörden und Kommunen auf die niedrige Entlohnung in unserem Beruf, sowie die enorm hohen Verdienste der Unternehmer aufmerksam gemacht werden.

3. a) Es wurden folgende Lohnsätze ab 1. April aufgestellt: Steinseher pro Stunde 6,50 M., Steinhauer 6,50 M., Hammer 6,40 M., Hilfsarbeiter 6,30 M.

b) Sämtliches Geschirr haben die Unternehmer zu liefern, wenn nicht für Steinseher 20 Pf. per Stunde Entschädigung, für Steinhauer 30 Pf. gezahlt werden.

c) Volles Fahrgehalt. Bei jedem Monatsende wird eine Erhöhung der Löhne entsprechend der Teuerung festgesetzt.

Die Berliner Zimmerer hielten am Dienstag ihre Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung ab. Klinker teilte mit, daß aus mehreren Gründen gegen die Wahl des Kassierers Welsow Protest eingelaufen ist, da dieser den Generalkonferenzbeschlüssen nicht beachtet und auf der Kandidatenliste die Parteipflicht nicht angegeben hat. Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit an die Bezirksversammlung zurückzuverweisen. Die Funktionäre nahmen Stellung zu den Betriebsratswahlen. Es wurde beschlossen, es bei dem im Tarifvertrag vorgesehenen System zu belassen. Danach sind die Parteipflichten mit den Rechten der Betriebsräte aufzulösen. Diese geben in einzelnen Punkten, z. B. dem Wahlrecht, über die im Gesetz vorgesehenen Rechte hinaus. Der Tarifvertrag läuft am 31. März 1920 ab. Sollte der neue Tarifvertrag nicht bald zustande kommen, so daß eine tariflose Zeit eintritt, dann müssen Betriebsratswahlen vorgenommen werden. Die Versammlung nahm dann zu einem von Welsow gestellten und begründeten Antrag auf Beitrags-erhöhung Stellung. Es wurde beschlossen, den vollen tariflichen Beitrag für die Lokalfeste zu erhöhen. Es muß ab 1. März eine Einheitsmarke von 4 M. pro Woche entrichtet werden und zwar so lange, bis der Beschluß wieder aufgehoben wird. Außerdem soll für die Dauer von drei Wochen ein Extrabeitrag von 6 M. pro Kopf und Woche bezahlt werden. Von dieser ausgeschlagen Summe sollen die Mitglieder, die im Februar am Streik beteiligt waren, eine Nachzahlung der Streikunterstützung bekommen, und zwar pro Tag und Kopf 3 M. und für jedes Kind 1,50 M. pro Tag extra. Die Auszahlung dieser Beträge erfolgt am Sonntag, den 7. März, vormittag von 10-12 Uhr, in den Bezirkslokalen.

Die Sektion der Laderer des Rates- und Ladererverbandes nahm in einer Versammlung am Dienstag den Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr seitens des Sektionsleiters, Genossen Dreidel, entgegen. Die Situation der Mitglieder kann als befriedigend bezeichnet werden. Eine Diskussion schloß sich an die Berichterstattung nicht an. Bei der Wahl der Sektionsleitung wurde Genosse Dreidel, dessen rührige Arbeit anerkannt wurde, ohne Gegenkandidat wiedergewählt. Im Interesse einer besseren Agitation und intensiveren Bearbeitung der Mitglieder wurde die Sektion in sieben Branchen zerlegt, deren Obleute zum Sektionsvorstand gewählt. Nach kurzer Aussprache wurde die Wahl der Obleute vorgenommen. Die Einteilung der Sektion in Bezirke ist durch die Zelleitung der Branchen somit hinjänglich geworden.

### Eisenbahnerwahlen.

#### Praktische Winke für die Wahlvorstände.

In der Wahlordnung für die Wahlen zu den Eisenbahnerwahlen heißt es: „Bei der Ermittlung der auf jede Kandidatenliste nach dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen entfallenden Mandate findet § 51 der Wahlordnung für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (R.G.B. 1551) sinngemäß Anwendung.“ Der angezogene § 51 der Wahlordnung lautet:

„Jede Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Wahlvorschläge gemäß § 19 des Reichswahlgesetzes werden die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Stimmzahlen racheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgerechnet werden können, wie Abgeordnete zu wählen sind.“

In gewöhnliches Deutsch übertragen, würde das also heißen: Die Wahlvorstände ermitteln zunächst einmal, wieviel Stimmen auf jede einzelne eingereichte Liste entfallen sind. Diese so ermittelten Zahlen werden der Reihe nach durch 2, 3, 4, 5 usw. geteilt. Das Resultat dieser Rechnung wird nun nach Höchstzahlen geordnet, so daß sich folgende Anstellung ergeben würde: In einer Schule wären beispielsweise drei Listen eingereicht worden, und zwar von der U. S. P., E. P. D. und den Christl. Neutralen. Es entfallen nun Stimmen auf die Listen der

U. S. P. 650 (1) 170 (5) 150 (4)  
E. P. D. 825 (2) 85 (11) 90 (10)  
Christl. Neutral. 210,00 (3) 56,66 60 (14)  
- 4: 102,50 (6) 42,50 45  
- 5: 180 (7) 36 36  
- 6: 105,25 (8)  
- 7: 92,85 (9)  
- 8: 81,25 (12)  
- 9: 72,22 (13)

Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Reihenfolge der Kandidaten.

Rechnen wir an, es wären 14 Kandidaten zu wählen, dann würde die Liste der U. S. P. 9 Sitze, die der E. P. D. 2 Sitze und die der Christl. Neutralen 3 Sitze erhalten.

Ist in einer Schule nur eine Liste eingereicht, so gelten nach den Bestimmungen bei der Proportionalwahl die darin enthaltenen Kandidaten als gewählt.

### Weitere Wahlergebnisse.

Königsberg, Bevern. Die Eisenbahnerwahlen gingen unter geringer Beteiligung vor sich. Trotz eifriger Agitation, welche die Sozialisten Arm in Arm mit den Bürgerlichen und Bauern entfalteten, brachten sie es doch nur auf 107 Stimmen, die U. S. P. D. konnte 112 Stimmen auf sich vereinen. Wags dieser keine Erfolg für unsere Genossinnen und Genossen am Orte ein Ansporn sein, weiter und noch roge für unsere gerechte Sache zu kämpfen. Wir haben 3 Kandidaten, die übrigen ebenso falls 3.

### Berlin.

3. Bezirk, Elternversammlung der 88. und 93. Gemeindefschule am Freitag, den 5. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Dieffenbachstr. 89-90. Kandidatenliste für die 88. Gemeindefschule „Henge“, für die 93. Gemeindefschule „Heskel“.

7. Bezirk, Freitag, den 5. März, abends 6 1/2 Uhr, Elternversammlung aller im Bezirk liegenden Schulen. Referent Genosse Vossong.

11. Bezirk, 3. und 4. Abteilung, Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr, im Lokal von Dickhof, Streiber Straße 10, Wählerversammlung der Eltern, deren Kinder die 67. Knabenschule oder die 13. Mädchenschule in der Hübnerstraße besuchen. T. O.: Das sozialistische Schulprogramm und die Elternbeitragsverhältnisse. Ref.: Stadtrat Schröder.

13. Bezirk, 3. Abteilung, Freitag, Donnerstag, abends 7 Uhr: Elternversammlung in der Schulaula, Braunstraße. Alle Eltern, deren Kinder in die 132., 142., 223., 167., 176., 190. und 198. Gemeindefschule gehen, sind höflich eingeladen.

## Groß-Berlin.

### Im Zeichen der Verkehrsnot.

Wir leiden Mangel an Verkehrsmitteln. Der Eisenbahnminister höhnt, daß nicht genug Wagen gebrauchsfähig gemacht werden. Auch an brauchbaren Lokomotiven fehlt es. Jetzt kommt ein Notkreuz aus dem Ruhrkohlengebiet, das dort die Kohlen sich zu Bergen türmen, man wisse vor Angst nicht wohin mit den geförderterten Kohlen, und wenn sie nicht bald abgefahren werden, müssen die Arbeiter, die bisher Überstunden gemacht haben, wieder Feierstunden einlegen. In dieser Zeit der Verkehrsnot erfahren wir nun, daß mehr als ein halbes Hundert Möbelwagen Möbel und andere Gegenstände dem früheren Kaiser nach Amerongen in Holland zugeführt worden seien. Ganz abgesehen von der Unzulässigkeit, diese immer noch der Beschlagnahme unterliegenden Gegenstände dem gestrichelten Kriegsbeschädigten auszuliefern — denn Wilhelm hat ein unermeßliches Schuldkonto bei uns zu begleichen, wozu das gesamte Vermögen auch nicht entfernt hinreicht —, so muß doch öffentlich die Frage aufgeworfen werden: Wieviel Eisenbahnwagen sind zum Transport des Inventars notwendig gewesen?

Und wie kommt die Eisenbahnverwaltung dazu, in einer Zeit, in der jeder Eisenbahnwagen zur Beförderung der Kohle dringend gebraucht wird, für derartige Zwecke noch Wagen zu stellen? Wir finden es für unverantwortlich von der Eisenbahnverwaltung, daß sie in dieser Verkehrs- und Kohlennot noch Sonderdienstleistungen leistet, um das gestohlene Inventar ins Ausland zu schaffen.

### Die Hofkassen werden froh.

Auch die Hofkassen Wilhelms lassen wieder von sich hören. Sie sind sofort organisiert in einem Verbande preussischer Hofbeamten. Zu Wilhelms Zeiten waren sie feige. Sie duckten sich allenhalben, machten trumme Reden, wenn die hohen und höchsten Herrschaften empfangen werden mußten. Unter diesen Hofbeamten bezieht sogar eine Rangordnung, ist eine geordnet. Jetzt bei der Auseinandersetzung mit Wilhelm wollen sie auch berücksichtigt sein, obwohl für die Beamten schon gesorgt ist. Dem sind die Herrschaften nicht einverstanden. Wenn Wilhelm so große Geschenke bekommen soll, warum sollen sie daran nicht teil haben. Sie haben an der preussischen Landesversammlung eine Eingabe gerichtet, in der sie folgendes sagen:

„An dem Geschenkverweh bei der Auseinandersetzung zwischen Krone und Staat ist für die Hofbeamten nicht ausreichend gesorgt. Dieser Mangel wird auch durch die Bestimmungen der Verordnung vom 10. März 1919 nicht beseitigt. Es fehlt die Ausweisung, daß die Hofbeamten an der bevorstehenden Gehaltsregulierung teilnehmen. Wenn das nicht geschieht, werden sowohl die bereits auf Wartgeld gestellten, als auch die noch auf Vortelag kommenden Hofbeamten der Berechtigung preisgegeben. Die Krone würde eine derartige Ungerechtigkeit niemals begangen haben. Es ist die Pflicht des Staates, der sich alle Werte der Krone, einschließlich der jährlich 17 1/2 Millionen Mark betragenden Kronfiduzialkommissionen anzueignen im Begriffe steht, wenigstens für die notleidende Hofbeamtenchaft insoweit sorgt, daß er sie ohne Ausnahme an der Gehaltsregelung teilnehmen läßt.“

Die Hofbeamten bitten und erwarten, daß das Gesetz bei der Auseinandersetzung zwischen Staat und Krone von den Mitgliedern des hohen Hauses nur genehmigt wird, wenn die erdienten Rechte der Hofbeamtenchaft, so wie vorstehend erbeten, ausdrücklich anerkannt werden.“

Man beachte die Forderung der Hofkassen. Dieselben Leute, die früher alluntertänig auf dem Bauche lagen, führen heute eine Sprache, die sie früher sich nie getraut hätten. Auch sie mittlern Vorgesetzten und wollen noch herauskochen, was sie können. Sie sollten sich doch an ihren früheren Wert in Holland wenden, sollten andere aber mit ihren Frechheiten versehenen.

Märkisches Museum. In der Reihe der Vorträge, die an demnächst im Märkischen Museum über die Bedeutung der Sammlung erhalten werden, spricht am Donnerstag, den 4. März Dr. Kieselbach über die Bronzezeit in der Mark Brandenburg.

Eine Granatexplosion ereignete sich gestern in der Röhrenstraße am alten Berliner Güterbahnhof in dem Stadtbahnhof 367. Bei der Explosion wurde eine Person sofort getötet und drei schwer verletzt. Die drei Schwerverletzten wurden nach dem Krankenhaus Moabit gebracht.

Ein Raubmordverbrechen wurde gestern nachmittag in der Potsdamer Straße 104 verübt. Der dort im dritten Stockwerk wohnende Kaufmann Karl Horn hatte auf der Straße einen Mann getroffen, den er vom Felde her kannte, von dem er aber nur weiß, daß er Neher heißt. Als Horn von seinem ehemaligen Kriegerkameraden hörte, daß es ihm nicht sonderlich gut gehe, nahm er ihn mit in seine Wohnung, um mit ihm zu verabschieden, wie er ihn wieder auf die Weite helfen könne. Während der Unterhaltung gab er ihm auch eine Zigarette. Da er kein Feuer hatte, sandte er zu ihm, er solle sich aus seiner Manteltasche Streichhölzer holen. Aus dem auf dem Herabhängenden Redezylinder nahm Neher aber nicht die Streichhölzer, sondern eine Pistole, die er darin fand, um damit in das Zimmer zurück zu schlug auf Horn an. Trostlos er ihn in die Brust traf, stürzte sich dieser auf ihn und es kam zu einem Ringen. Da nun zu viel Lärm entstand, sah Neher von seiner Raubthat ab, er

stiff die Nacht und entkam. Er wird jetzt von der Kriminalpolizei gesucht. Der Täter ist 1,85 Meter groß und schlank, hat blondes Haar und trug einen grauen Filzhut und einen dunkelbraunen Anzug.

Mit ihrem Kinde freiwillig in den Tod gegangen ist die 88 Jahre alte Ehefrau Anna des Arbeiters Schornow aus der Reuterstraße 30 zu Neudöhlen. Gestern öffnete sie in der Küche den Gashahn und suchte und fand mit ihrem 11 Monate alten Söhnchen Werner den Tod. Als man sie abends auffand, blieben alle Wiederbelebungsversuche ergebnislos.

Das Los der Kriegsschädigten schildern wir an der Hand eines Einzelfalles in Nr. 68 der „Freiheit“ und berichteten über einen Vorfall in der Ackerstraße, wo nach Angabe eines Kriegsschädigten Dreihorgelspieler dieser von dem Hauswart Rechte wörtlich und tätlich beleidigt sein sollte. Herr Nepte behauptet nun und gegenüber, daß er zuerst angegriffen worden sei. Da der Fall noch ein gerichtliches Nachspiel haben dürfte, müssen wir unser Urteil bis nach Beendigung desselben zurückstellen.

Städtische Alkoholfürsorgestelle Neudöhlen. Die Stadt Neudöhlen unterhält im Hause Rischstraße 11 eine besondere Fürsorge- und Beratungsstelle für Alkoholfürsorge, die regelmäßig von 6-7 Uhr abends geöffnet ist. Die Inanspruchnahme ist für jedermann unentgeltlich.

Der Verlag „Arbeitertribüne“ teilt mit: Alle Genossinnen und Genossen, welche am Sonntag, den 22. Februar d. J., bei der Metallarbeiterversammlung in den Germania-Hallen, Chausseestraße, unsere Wochenchrift „Der Arbeitertribüne“ bezogen und gleichzeitig einen Beitrag von 10 Pfennig an den Verleger des „Arbeitertribüne“ bezogen haben und im Besitze einer Quittung mit der Unterschrift des Genossen sind, werden gebeten, ihre genaue Adresse mitzuteilen, da die Bestellscheine abhandelt gekommen sind. Verlag „Der Arbeitertribüne“, Berlin C. 25, Münzstraße 24, II.

Der Berliner Volkshochschule am Sonnabend, den 8. März, in der Drauerlei Köpenicker Straße, sein 10. Stiftungsfest. Zur Aufführung gelangt u. a.: „Die schöne Galathee“, Operette von F. v. Suppé. Beginn 8 1/2 Uhr. Nachher Konz.

### Aus dem Gemeindeleben.

Pankow. Die Sitzung beschäftigte sich zunächst mit dem Stadtrat des Pankower „Generalanzeigers“, der wieder einen großen Verleumdungsfall gegen den Lebensmittelbezugsstellen. Auch unternommen hat. Raum ist der Schuldigen bezüglich des Gen. Schindler, der wegen Zunderschiebung verhaftet wurde, aufgedeckt und den Herrschaften auf die Finger geklopft worden, verbreitet sie schon wieder eine neue Mär. „Aubig hätte mit seinen Beamten ganze Schweine nach Reinickendorf verschoben.“ Tatsache ist, daß das Lebensmittelamt Pankow Fleisch und andere Lebensmittel für die Gemeinde Reinickendorf auf dem Güterbahnhof Pankow beschlagnahmt und nach dort überwiegen hat. Alle Be-

schuldigungen des Wirtens von Hebergade der Ware an einen Privatstieber und den großen Hebergade der hiesigen Bewohner sind aus der Luft gegriffen. Wie der Vorsitzende, Herr Dr. Unger, erklärt, ist gegen das Subjekt Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Für die Deduktion der Selbstkosten bezüglich der Milchbeschaffung auf dem Gute Rühlsdorf wurden 20 000 M. bewilligt. 10 000 M. wurden außerdem dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sollen für Milchermittlung bei der Milchbeschaffung als Zuschüsse verwendet werden. Von unfernen Genossen wurde hierbei auf die Notwendigkeit der Kommunalisierung der Milchversorgung hingewiesen. Die Kuraturschlichter sollen mit ihren Gehältern den Verhältnissen gleichgestellt werden.

### Lebensmittellisten.

Wohlfahrtsamt. In der Verkaufsstelle Toller Straße 3 vom 4. bis 7. März für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre 1 Büchse Weiz (2,66 M.), 1/2 Pfd. Gerstenmehl (66 Pf.), 2 Pfd. Reis (1,20 M.), 2 Pfd. Zuckerrüben (1,20 M.), 4 Pfd. Nudeln (1,20 M.); vom 4. bis 8. März auf Abschnitt 4a und b der Einkaufskarte beim Kleinhandl. 250 Gr. Weizenmehl (2,50 M.); auf Abschnitt 2a und b vom 4. bis 7. März in der Verkaufsstelle Victoriastraße wird der Verkauf von Zinsen fortgesetzt.

### Aus den Organisationen.

- 3. Bezirk, 2. Abteilung. Freitag abends 8 Uhr Flugblätterverteilung bei. Elternbeiträge bei Noth, Bergmannstr. 97. Dofelst wollen sich auch alle diejenigen einfinden, die am Sonntag helfen wollen.
- 4. Bezirk, 1. Abteilung. Donnerstag vom 6. März an Flugblätterverteilung bei. Elternbeiträge bei Noth, Bergmannstr. 97. Dofelst wollen sich auch alle diejenigen einfinden, die am Sonntag helfen wollen.
- 6. Bezirk, 2. Abteilung. 6. März, Resolutionärer Dichtabend in der Aula des Bergarbeiter-Letzungs, Jährenstr. 9/11. Mitwirkende: Frau Gerbert, Mitglied des Deutschen Theaters; F. Himmlich; Fichtel-Georgina. Beginn pünktlich 7 Uhr. Billets bei den Bezirksführern, beim Kassierer W. Wegner Strausberger Straße 13 und an der Kasse.
- 7. Bezirk. Die für Freitag, 5. März, festgesetzte Sitzung der Räte- und Gewerkschaftskommission fällt aus.
- 8. Bezirk, 2. Abteilung. Donnerstag, 4. März, abends 7 Uhr, öffentliche Wählerversammlung in der Aula der Schule Peterburger Straße 4. Tagesordnung: Die weisse Schule. Ref.: Lehrer Postang. Charlottenburg. Donnerstag, 4. März, abends 7 Uhr, Sitzung der Rätekommission im Rathaus, Zimmer 304.
- Wilmersdorf-Parkfest. Unsere Schulentlassungsfeier findet am Sonntag, 21. März, nachm. 3 Uhr, gemeinsam mit der Charlottenburger Organisation statt. Kinder unserer Parteiorganisation, die an dem Vorbereitungsunterricht teilnehmen müssen, mögen am nächsten Sonntag um 10 Uhr im Volkshaus, Köpenicker Straße, erscheinen.
- Neudöhlen. Sämtliche für die Kandidation vorgeschlagene Genossen treffen sich Freitag 7 Uhr bei Roggenberg, Ziehmstr. 33.
- Freitag, 5. März, abends 8 Uhr, Versammlung aller Kommissionsmitglieder und Funktionäre bei Schulz, Rudowstr. 96.

### Bereitschaften.

Zentralverband der Angehörigen. Versammlungen am Donnerstag 4. März: Fachgruppe 4a (Sektion der Beschäftigtenangehörigen) 4 Bezirksversammlungen mit der Tagesordnung: Die Wahlen zum Bezirksrat; für Norden in den Viktorien, Müllerstr. 127; für Ost in den Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11/13; für Süden-Reukölln in Kleins Jähren, Jährenstr. 13; für Westen und westl. Vorort in den Schwärzen Wäldchen, Schwärzenberg, Hauptstr. 144. — Fachgruppe 7 (Angehörige der Schuhmacher-geschäfte) abends 8 Uhr im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 94. — Fachgruppe 13a (Rohr-Sektion) abends 8 Uhr im „Eskimo“, Anhalterstr. 11/12. — Fachgruppe 14, Sektion b (Gold- und Silber-schmied, Bau- und Großschloßereien) abends 8 Uhr im Verbundbüro, Belle-Alliance-Straße 7/10. — Fachgruppe 14, Sektion e (Schuhmacherei) abends 7 Uhr in den Sophienhallen, Sophienstraße 17/18 (Vorort). — Fachgruppe 16, Sektion b (Zahn- und Schlosserei) abends 8 Uhr in Habels Drauerlei, Bergmannstr. 4/9 (Schlußsitzung über den neuen Tarifvertrag). — Fachgruppe 17 (Angehörige der Futtergeschäfte) abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in den Wäldchen, Große Frankfurter Straße 117 (Abstimmung über den Tarifvertrag).

Zentralverband der Angehörigen. Versammlungen am Freitag 5. März: Fachgruppe 7 (Angehörige der Waren- und Kaufhäuser und Spezialgeschäfte) abends 7 Uhr in den Sophienhallen, Sophienstr. 17/18. — Fachgruppe 13 (Angehörige der chemischen Industrie und des Grobhandels) abends 8 Uhr in den Central-Hallen, Alie Jakobstr. 30/32. — Fachgruppe 14c (Waldschmied, Werkzeugfabrik, Eisenarbeiten) abends 6 Uhr im Rosenfelder Hof, Rosenfelder Straße 11/12. — Fachgruppe 16c (Angehörige der Buchdruckerei und Buchbinderei) abends 8 Uhr im Verbundbüro, Belle-Alliance-Straße 7/10.

Lagerarbeiter, Transportarbeiter, Packler, Ausfuhr aus allen Betrieben der Eisenindustrie, Eisen, Stahl, Röhren, Trägerwagen, Werkzeug, Eisenwaren-Empfangsflächen, Eisen, Herbrandlungen, Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte. Freitag, 5. März, Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15.

Internationaler Bund der Arbeitslosen, Bezirk Nord-west 1. Donnerstag abends 7 Uhr: Bezirksversammlung im Restaurant W. Neu, früher Robow, Waldstr. 63.

### Eingegangene Druckchriften.

Karl Rautsch: Was ist Sozialisierung? 2. erweiterte Auflage mit einem Vorwort und einem Anhang über „Bildung oder Konfession“. 82 Seiten. Preis 1,50 M. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, W. Buchhandlung, Berlin C. 2, Breitestr. 8/9.

Arthur Gröbner: Die Internationale. Vom Bund der Kommunisten bis zur Internationale der Weltrevolution. Zweite erweiterte Auflage. 52 Seiten. Preis 2 M. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2, Breitestr. 8/9.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neudöhlen, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

### Zentralverband der Bäcker, Konditoren usw.

**Streik beschlossen.**  
Streikversammlung Freitag, den 5. März, nachm. 3 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 4.  
Alle Streikenden müssen erscheinen.  
Die Verwaltung.

### Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer

**Vertrauensmänner-Versammlung**  
am Freitag, den 5. März 1920, abends 6 Uhr, in Altem Behnhaus, Goltzstr. 14/15.  
Tagesordnung:  
Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses.  
Schrift zur neuen Verordnungsform über Vertrauensmänner, Vertrauensrat und Gewerkschafts-Delegierte.  
Der Vorstand.

### Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

**Versammlung**  
sämtlicher Steinarbeiter  
in den Oranienbäumen, Brückenstraße 2.  
Kassier: L. Wenzel über das Betriebsratgesetz. — 2. Aufhebung der Tarifbindung. — 3. Bericht über den Tätigkeit der Tagesordnung über die des Erfinders aller Kollegen notwendig.  
Die Ortsverwaltung.

### Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands

**Versammlung**  
in der Oranienbäumen, Brückenstraße 2.  
Kassier: L. Wenzel über das Betriebsratgesetz. — 2. Aufhebung der Tarifbindung. — 3. Bericht über den Tätigkeit der Tagesordnung über die des Erfinders aller Kollegen notwendig.  
Die Ortsverwaltung.

### Allgemeine Vertrauensmänner-Versammlung.

am Sonnabend, den 6. März 1920, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung: 1. Bericht über die unbelohnten Haupt- und Nebenarbeiten. 2. Forderung der Betriebsratgesetzgebung. Bericht: Kollege Schwann.  
Abends 7 Uhr: Vertrauensmänner-Sitzung der Herren- und Damenvereine. Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit der Tagesordnung über die des Erfinders aller Kollegen notwendig. 3. Bericht über die Tätigkeit der Tagesordnung über die des Erfinders aller Kollegen notwendig.  
Die Ortsverwaltung.  
F. v. Schumacher.

### Wichtig! Kameraden, ehemalige Militär

Wesangene, 13. Komp., Nord-Schleswig  
sammeln sich am 6. März, abends 7 Uhr, bei Walter, Neudöhlen, Panierstraße 58, ein.  
C. Gerold, C. Weihen.

### Wichtig, Altmetallhändler

**Groß-Berlins!**

Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr:

### Versammlung

Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147.  
Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist erforderlich.  
Der Vorstand: Schornow, Gotthelm.

**Zahngelisse, Kein Zahn unter 20 Mark.**  
Streng reell  
kauft täglich von 9 bis 7 Uhr  
**Gildener, Reichenberger Str. 75-76,**  
partiere rechts. (Göltzler Bahnhof).

**Papier- und Pappen-Abfälle**  
Alteisen, Weinflaschen  
kauft jeden Posten zu den höchsten Tagespreisen  
**BLOCK, C 2, Eier-Gasse 2**  
am Holzmarkt.  
Fernsprecher: Amt Zentrum 6391.

**Schafwolle**  
40 bis 50 M. pro kg  
Rinderhaute bis 600 M., Ziegenfelle 100 bis 175 M., Rohhaar 30 bis 40 M., Matratzenhaar 10 M., Strumpfwolle 24 M., Kaninchenfelle bis 18 M., Kupfer 25 M., Messing 15 M., Blei 9 M., Gummi und Säcke kauft  
**Produktenlager Dena, Münzstr. 8**  
Von Freitag 5 bis Sonnabend 7 Uhr geschlossen.

**Basch & Buezkowski**  
Zentr. 7119 Friedrichstr. 68 Zentr. 7119

**In 24 Stunden wird**  
Herrn- und Damen-Garderobe  
**chemisch gereinigt.**  
Abholung und Zusendung kostenlos!

**Spezialbehandlung**  
für Haut- und Geschlechtsleiden  
Invalidenstr. 147  
**C. Weissert, I. Etage, Ecke Bergstraße.**  
Vier Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen  
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung  
Sprechstunden 10-12 und 4-8, Sonntags 10-12

**Spezial-Behandlung**  
v. Geschlechts, Haut-, Harn-, Frauenleiden, sowie veraltete, hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchung, Licht- und Pflanz-Behandlung, Schnell sicher, ohne Berufsbeschränkung, Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. **Aerzliche Heilanstalt Löser, Münzstr. 9, 9.1, 4-8, Sonntags 9-1.**

**Spezial-Arzt**  
für alle Geschlechtskrankheiten.  
Harn-, Frauenleiden, Blutsvergiftungen, Salvarsan-Kur, Behandlung schnell, sicher, ohne Berufsbeschränkung. Mäßige Preise.  
Dr. med. Lommer, Spezialisten 0-1, 4-7, 9-10-12.  
**Brunnenstr. 185, (Rosenth. Platz.)**

**Spezial-Arzt**  
für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete, hartnäckige Harnleiden. Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen. Separater Damenzimmer.  
Erste und Beste Heil-Anstalt Löser  
**Dir.: Löser senior, Dr. Skottl**  
am Rosenthaler Straße 69-70, Ecke Liliensstraße, 9.1, 4-8, Sonntags 9-1.  
**Ausgekämmtes Haar**  
Zahl 1.- Mk. für 10 Gramm. Größere Posten mehr.  
Folwol, Neue Königstr. 9, W. III.

**Alte Gebisse Zahn**  
**23 M.**  
kauft  
**Edelmetallschmelze**  
O. Blumenstraße 88  
Tägl. 9-7 Auch Sonntags

**Platin bis 310.**  
kein Zahn unter 20.- Gold- und Silberbruch kauft zu Höchstpreisen (Geschäftszeit 9-6 Uhr)  
**S. Degen, Linienstr. 77**  
am Rosenthaler Tor, neben Metallarbeiter-Vorband.

**Kupfer kg bis M. 25.50**  
Messing „ „ 15.00  
Blei „ „ 10.00  
Zink „ „ 8.50  
Rotguss „ „ 23.50  
kauft gegen Kasse  
**Tasche,**  
Belle-Alliance-Straße 16, Lan-tenbeckstraße 4, Ecke Elbingerstraße und Wilmersdorf, Bernhardtstr. 18a.

**Elektromotore**  
Gleichstrom: Drehstrom  
kauft  
**Ingenieurbureau Schleibing**  
Berlin W 1, Linkstr. 10.  
Tel.: Lützow 3705 und 6518.

**Metallhandlung**  
Wallnertheaterstr. 5.  
Zahl 1. Kupfer 25.-  
Messing 19.-  
Blei, Zink wie sämtliche Metalle zu Tagespreisen

**Metalle**  
Kupfer, Rotguss, Blei, Messing, Zinn, Zinn, Legierungsmetalle usw. kauft zu unübertrefflichen Tagespreisen  
**Zuckermann,**  
Klauerstraße 9, vor II. Norden 4661.

**Quecksilber**  
Kupfer  
Messing  
Blei  
Zinn  
**Metallkauf**  
Tempelhof Ufer 16a pt. (Halleches Tor), Kurfürst 7592, 2. Etage, Part. rechts oben.

Garantierte Höchstpreise für Altmetalle kauft  
**Franz Antczak,**  
Metall-Zentrale Wedding  
Berlin N. 39,  
Neue Hochstraße 38.

**Kupfer 26.**  
Messing „ „ 15.  
Aluminium „ „ 20.  
Quecksilber „ „ 150.  
Blei „ „ 11.  
Rotguss „ „ bis 90.-  
kauft 6 M.

**Platin höchste Preise**  
**Zahngelisse**  
nicht unter 21,50 bis 3000 Mark  
Gold-, Silber- u. Schmucksachen  
Gebrauchsgegenstände sow. Bruch  
Korkkorrosions Preise  
**Pilz,**  
Alte Schönhauser Strasse 19, II.  
Geschäftszeit von 9-5 Uhr

**Flaschen!!**  
Sekt-... Gl. 1.20 M.  
Wein-... Gl. 1.75  
Kognak... 0.80  
Hole auch kleine Posten ab. Postkarte genügt.

**Scheffler, Berlin O,**  
Rieser Straße 104.  
**Kupfer 26 M.**  
Rotguss 23.50  
Messing 15.00  
Blei 10.00  
Zinn 8.50

**Metallkaufsstelle**  
Junferstraße 23. Laden.  
**Elektrische Leitungsdrähte**  
Kabel - Litzen  
Dynamo-Kleinverdrähte  
kauft höchst zahlend  
**Silbermann**  
Neue Königstrasse 32  
Fernspr. Alex 2118

**Spiralbohrer, We**  
neue Werkzeuge, kauft 10% über Tagespreis, jede Menge.  
Schlesierstraße Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 7.

**Schnellaufbohrer, neu,**  
Jeden Posten bis 200 M., Naturstahl. Holzschrauben kauft  
**Friedrich Morgenstern**  
nur Lichtenberg, Weichselstr. 18, Alex. 1260.

**Schnellaufbohrer,**  
Schmirgelsteinen, sämtliche neue Werkzeuge, kauft zu allerhöchsten Tagespreisen  
Henschel, Mehlitz, Rostocker Str. 22, Ecke Wittstocker Str.

**Zahngelisse**  
pro Zahn 18,50 M. (Tschier) Gold- u. Silberbruch  
Bestecke u. Platin  
Zahle über Tagespreise  
Folwol, Neue Königstr. 9, W. III

**Asthma**  
mit Husten- anfällen u. stark. Verschleimung findet wirksame Hilfe durch Reichels Asthma Tropfen, beruht auf ihrer Wirkung 30 Jahre glänzende Erfolge. M. 7.50.

**Otto Reichel,**  
Berlin 46 SO, Eisenbahnstr. 4.  
**Schellack, Paraffin.**  
Firma, Leim, Maceralkittel, auch kleine Posten, kauft  
Wiekler, Oranienburger Str. 12.  
Räder Weidlich, Alle Sorten Räder, Leiterwagen, Kastenwagen, Ruggewagen, Braunenstr. 96 (Humboldt 124).

**Königstadt-Kasino**  
Alexanderstr. 21.  
Tel. Alexander 424.  
Salle und Verlosungsalles in jeder Größe.

**Charlottenburg.**  
**Botenfrauen**  
stellt sofort eine Spedition Lorenz, Wallstraße 64.

**Botenfrauen stellt ein:**  
Spedition: Döring, W 57, Steinmetzstraße 23  
Stimming, Lichtenberg, Oderstr. 4 part.  
Götze, NO 55, Treckowstraße 22  
Tornseifer, Lüneburger Straße 11  
Charlottenburg, Wallstraße 68  
Wenzels, Cadiner Straße 11  
Hecht, Refucksdorf-Ost, Residenzstr. 126  
Hackbart, Michaelkirchplatz 2.  
Krüger, Neudöhlen, Emser Str. 32.  
Lohmann, Hauptstr. 43.  
Zacher, An der Fischer-Säcke 2.  
Schindler, Neukölln, Neckerstraße 3.  
Senne, Stralau, Laskerstraße 4.  
Schaefer, Gieselerstraße 70.  
Lode, Markustrasse 23.  
Linger, Skalitzer Str. 101.  
Wendt, Schöneberg, Götterstraße 47.  
Emil Krüger, Wassertrasse 41, v. p. Keller  
König, Wildau, Schwarzkirchstraße 157.  
Karl, Oberschöneberg, Bismarckstraße 26.  
Sterniker, Chloß, Köpenick-Elisenstraße 24.  
Neßler, Wilmersdorf, Hindenburgstr. 34.

**Den allergrößten Erfolg haben die kleinen Anzeigen in der Abendausgabe der Freiheit**